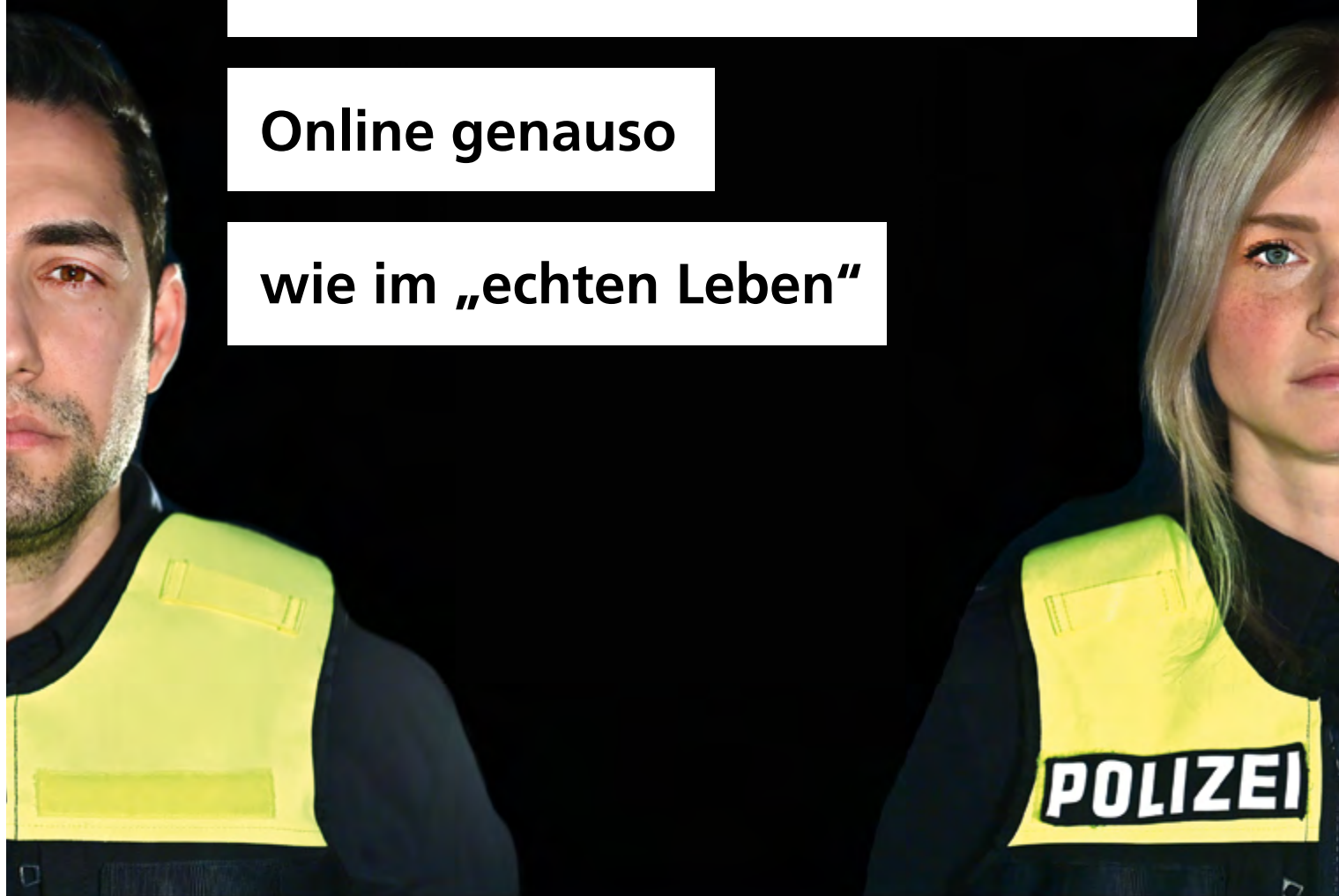




**Null Toleranz für Hass und Hetze**

**Online genauso**

**wie im „echten Leben“**



# #HassistkeineMeinung



**POLIZEI**  
NIEDERSACHSEN



## TITEL

- 04 #HassistkeineMeinung**  
Erste landesweite Kampagne der Polizei Niedersachsen ein großer Erfolg
- 06 #HassistkeineMeinung**  
„Der Ton wird heftiger!“
- 10 LKA-PRÄSIDENT FRIEDO DE VRIES NIMMT STELLUNG ZU HASSPOSTINGS**  
„Angst und Einschüchterung können keine Mittel in unserer politischen Debatte sein“
- 12 HASS-/VORURTEILSKRIMINALITÄT**  
Vorurteils kriminalität aus soziologischer Perspektive
- 13 POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT**  
Anzahl der politisch motivierten Straftaten in Niedersachsen im Jahr 2021 deutlich angestiegen
- 14 HASSKRIMINALITÄT IM INTERNET**  
Hassbotschaften passen sich realen Wirklichkeiten an

## NIEDERSACHSEN

- 16 POLIZEIDIREKTION OLDENBURG**  
Regionalkonferenz für Amts- und Mandatsträger/-innen in Cuxhaven
- 18 INTERVIEW-SERIE**  
Auf eine Tasse mit Alexander Gluba
- 19 „PARCOURS DURCH DEN ISLAM“**  
Polizei Emsland holt Wanderausstellung „Was' los, Deutschland?“ nach Meppen
- 20 #FAHRKLAR**  
Sensibilisierungskampagne zu Fahrtüchtigkeit im Straßenverkehr gestartet
- 22 POLIZEI NIEDERSACHSEN**  
im Einsatz
- 24 POLIZEIKOMMISSARIAT LAATZEN**  
Prävention, die ins Ohr geht
- 25 MINISTERGESPRÄCH IN DER PD GÖTTINGEN**  
Boris Pistorius beantwortet vielfältige Fragen der Podiumsgäste
- 28 8. BUNDESWEITES ARBEITSTREFFEN**  
Gewalt gegen Frauen und Kinder

## NIEDERSACHSEN

- 30 ZENTRALE POLIZEIDIREKTION NIEDERSACHSEN**  
Neues Fernsehstudio und zeitgemäße Orchesterprobenräume
- 32 CHRISTOPHER-STREET-DAY HANNOVER**  
Ansprechpersonen für LSBTIQ des Landes Niedersachsen setzen Zeichen
- 33 ZENTRALSTELLE FINANZERMITTLUNGEN**  
Erste Digitale Geldwäschetagung
- 34 ARBEITSKREIS II – INNERE SICHERHEIT**  
Sitzung des Arbeitskreises II erstmalig unter dem Vorsitz Niedersachsens
- 36 #HassistkeineMeinung**  
Polizei Niedersachsen

## AKTUELL

- 15 TEDDY IN DEN USA**  
Polizei-Give-aways auf langer Reise
- 31 EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS**  
Jorge Liening-Ewert referiert in Berlin

## SPORT

- 26 POLIZEI NIEDERSACHSEN**  
Sportrückblick

## IMPRESSUM

proPOLIZEI XXXIII. Jahrgang

### Herausgeber:

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport  
Lavesallee 6, 30169 Hannover

### Verantwortlich:

Philipp Wedelich, Vertreterin: Nadine Bunzler-Devoucoux

### Redaktion:

Nadine Bunzler-Devoucoux, Mareike Fieker, Tim Adler, Antje Heilmann, Marco Ellermann, Sven Thielert, Katharina Baum, Mareike Kowalewski, Michael Täger, Michael Bertram, Sabine Hoffmann, Andrea Haase

### Anschrift der Redaktion:

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport  
Redaktion proPOLIZEI  
Postfach 221, 30002 Hannover  
Tel. 0511 120-6044 oder 0511 120-6259  
Fax 0511 120-6555  
E-Mail: propolizei@mi.niedersachsen.de

### Layout:

Dirk Bindbeutel  
Polizeiakademie Niedersachsen  
Dezernat 20  
Gimter Straße 10  
34346 Hann. Münden

### Druck:

updruck printmanufaktur  
Am Frettholz 5, 31785 Hameln

Die proPOLIZEI erscheint im Zwei-Monats-Rhythmus  
6 mal im Jahr.

### Rechtlicher Hinweis:

Alle in proPOLIZEI veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers oder der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften/Beiträge (gegebenenfalls in gekürzter Form) zu veröffentlichen.



Präsident des Landeskriminalamtes Niedersachsen  
Friedo de Vries

# Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Feindseligkeiten gibt es nicht erst seit der Erfindung des Internets. Mit dem Fehdebrief wurde etwa schon im Mittelalter eine i.d.R. blutige Auseinandersetzung angekündigt. Aber was damals mindestens drei Tage im Voraus geschehen musste, läuft heute in Sekundenschnelle ab. Und während man sich so einen Fehdebrief damals gut überlegte, begegnet uns feindseliger Hatespeech heute regelmäßig in den sozialen Netzwerken. So schrieb beispielsweise ein 64-jähriger Niedersachse bei Facebook unter eine Abbildung von Bundesaußenministerin Annalena Baerbock und einer Walther P99: „Walther erledige das mal.“ Dafür wurde er rechtskräftig zu 40 Tagessätzen à 20 Euro wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten verurteilt. Ein wiederum 76-jähriger Niedersachse räumte vor Gericht ein, er habe sich nichts dabei gedacht, als er bei Facebook veröffentlichte: „Keinem Griechen muss man das erklären, aber das Volk aus dem Morgenland raubt, überfällt, vergewaltigt und mordet.“ Er wurde dafür zu 120 Tagessätzen à 80 Euro Geldstrafe wegen Volksverhetzung verurteilt.

Diese, nur zwei niedersächsischen Beispiele aus einer Vielzahl von Hasskriminalität, zeigen, dass der Hatespeech in Teilen der Bevölkerung als „gesellschaftsfähig“ angekommen zu sein scheint. Menschen, die dem „Verbitterungsmilieu“ zuzurechnen sind, machen ihrer Verbitterung offen im Netz Luft. Oft sind dies Personen, die durchaus gebildet sind und für sich in Anspruch nehmen, dass sie ein offenes Weltbild besitzen, aber trotzdem das tiefe Gefühl haben, unter ihren Möglichkeiten geblieben zu sein sowie von „denen da oben“ und von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen zu werden. Oft mit erschreckend viel Zuspruch. Schließlich „wird man das ja wohl noch sagen dürfen“.

Die Polizei Niedersachsen hat sich mit ihrer Kampagne **#HassistkeineMeinung**, die das LKA Niedersachsen gemeinsam mit der PD Osnabrück im Auftrag des Innenministeriums konzipiert und erstellt hat, deutlich positioniert. Nein, man darf eben nicht alles sagen. Meinungsfreiheit endet da, wo Straftatbestände wie Beleidigung, Bedrohung, Nötigung, Beschimpfung religiöser Bekenntnisse oder Volksverhetzung vorliegen. Das Internet ist kein rechtsfreier Raum.

Strafrechtlich relevante Hasspostings sind nicht durch unser hohes grundgesetzlich geschütztes Gut der Meinungsfreiheit gedeckt, das haben wir alle gemeinsam deutlich gemacht. Ich freue mich sehr darüber, dass sich alle niedersächsischen Polizeibehörden an der Kampagne beteiligt haben. Als Polizei sind wir geschlossen und stark gegen Hatespeech aufgetreten. Und auf der anderen Seite zeigen die vielen positiven Rückmeldungen von Bürgerinnen und Bürgern auch, dass eben dieses Vorgehen gegen Hasskriminalität ausdrücklich eingefordert wird und wir mit der Kampagne Aufklärung leisten konnten. Das Anzeigenaufkommen liegt weiter deutlich hinter dem zu erwarteten Dunkelfeld zurück. Es gilt also weiter Überzeugungsarbeit zu leisten. Ermutigen wir zur Anzeigenerstattung und vermitteln: Wir als Polizei nehmen Hasskriminalität auch im Netz ernst und verfolgen diese konsequent. Dabei gilt es die Fähigkeiten in der Annahme von digitalen Daten im Rahmen der Anzeigenerstattung auszubauen, bundesweite Redundanzen an Sachverhalten zu identifizieren und abzuwehren. Und natürlich sind die Ermittlungen in Teilen aufwändig und kosten Ressourcen. Dennoch: Das konsequente Einschreiten gegen Gewalt und Hetze auch im Netz muss unser Anspruch sein. Dazu haben wir im LKA bereits 2019 die Zentralstelle Hasskriminalität im Internet eingerichtet und setzen landesweit zusätzlich auf das proaktive Erkennen strafrechtlich relevanter Sachverhalte im Internet.

Diese Kampagne war wichtig, um unsere Haltung nach außen und innen sichtbar zu machen.

Deshalb bedanke ich mich ausdrücklich bei allen, die sich eingebracht und mitgemacht haben. Mit dieser klaren Botschaft gehen wir gestärkt die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen an - und engagieren uns weiter, für Meinungsfreiheit, aber gegen Hass und Hetze.

Herzliche Grüße  
Ihr

Friedo de Vries

## #HassistkeineMeinung

# Erste landesweite Kampagne der Polizei Niedersachsen ein großer Erfolg

Das wird man ja wohl noch sagen dürfen! Jein, denn wer Hass und Hetze verbreitet, kann sich strafbar machen. Mit **#HassistkeineMeinung** haben die Polizeibehörden in Niedersachsen eine Woche lang vom 25.04. bis 29.04.22 mit einer Plakataktion und Social-Media-Beiträgen in den Städten Osnabrück, Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Lüneburg und Göttingen für das wichtige Thema sensibilisiert. Das kam mehrheitlich gut an – wurde aber durchaus auch kontrovers diskutiert.

„Das Internet ist nicht der Wilde Westen. Es ist erschreckend, wie beleidigend, verletzend und verachtend manche User und Userinnen kommunizieren – meist aus der Anonymität heraus. Auch wir als Polizei spüren das zunehmend. Ganz klare Botschaft: Das Internet ist kein rechtsfreier Raum – Straftaten werden konsequent verfolgt“, sagt Michael Maßmann, Präsident der Polizeidirektion Osnabrück. Seine Behörde hatte gemeinsam mit dem Landeskriminalamt (LKA) Niedersachsen im Auftrag des Landespolizeipräsidiums Niedersachsen die Kampagne erarbeitet.

Im Jahr 2021 haben bundesweit die Straftaten im Themenfeld Hasskriminalität mit 10.501 Fällen erneut zugenommen. Dieser Trend war auch in Niedersachsen zu beobachten. Insgesamt wurden im Jahr 2021 876 Fälle im Bereich Hasskriminalität verzeichnet. Das waren 61 Fälle mehr als im Vorjahr. Hasspostings im Internet und über Messenger-Dienste erreichten 2021 mit 437 Fällen im Vergleich zum Vorjahr (2020: 397) einen neuen Höchststand. „Es mag einem wie eine vermeintlich kleine Zahl vorkommen – mit einer deutlich erkennbaren Tendenz nach oben. Dennoch ist das Thema für uns von großer Relevanz, weil wir ein hohes Dunkelfeld vermuten. Wenn Menschen im digitalen Raum hemmungslos hetzen, Hass und Gewalt verharmlosen, legitimieren oder gar verherrlichen, dann ist das ein gefährlicher Nährboden für eine Radikalisierung, die bis hin zu handfesten Straftaten führen kann“, sagt Friedo de Vries, Präsident des LKA Niedersachsen. Das zeigen Taten wie beispielsweise der Tankstellenmord in Idar-Oberstein durch einen Maskenverweigerer oder die beabsichtigte Entführung von Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach.

Von Phänomenologie bis hin zu strafrechtlichen Konsequenzen – die Bevölkerung soll mit der Kampagne **#HassistkeineMeinung** vollumfänglich zum Thema Hasskriminalität informiert werden. Denn eines ist klar: Extremistische Ideologien und soziale Gruppen, die ihre eigenen Regeln folgen findet man im Netz immer häufiger.

Der final verwendete Hashtag **#HassistkeineMeinung** war auch innerhalb der Projektgruppe bestehend aus Mitarbeitenden des LKA Niedersachsen und der PD Osnabrück umstritten. „Der interne Diskurs spiegelt sich auch in dem Feedback, das wir von Bürgerinnen und Bürgern erhalten haben, wieder“, sagt de Vries. „Natürlich sind einige irritiert, wenn wir das Wort ‚Meinung‘ in dem Kontext nennen. Um es klar zu sagen: Selbstverständlich geht es uns nicht um die Einschränkung von Meinungsäußerungen, sondern darum aufzuzeigen, dass ein Diskurs absolut erwünscht ist – aber ohne das Beleidigungen, Bedrohungen oder ähnliche Straftatbestände stattfinden müssen. Eben damit jeder frei seine Meinung äußern kann.“

Die Entscheidung für **#HassistkeineMeinung** fiel letztlich in dem Bewusstsein, durchaus einen Diskurs und mit ihm eine hohe Reichweite provozieren zu wollen. Auf Grundlage des internen Austausches hat die Projektgruppe deshalb mögliche Reaktionen auf User-Kommentare mitgedacht und vorbereitet. Insbesondere die Veröffentlichung einer Landing-Page mit vielen Informationen zu diesem Thema hat sich bewährt. Das Projektteam hat für die Kampagne zwei Videos, drei Motivpostings mit realen Sachverhalten und ein Aktionsposting vorbereitet. Dieses Social Media Kit wurde allen

**„Schei\*\* Mother fu\*\*er“**

**1500 €**

**\* Geldstrafe wegen Beleidigung (§ 185 StGB)**

**#HassistkeineMeinung**

 **POLIZEI  
NIEDERSACHSEN**

Besonders gut ist die mit der Kampagne verbundene Aufklärungsarbeit bei Userinnen und Usern angekommen. Diese haben vielfach nach Handlungsmöglichkeiten und Einschätzungen gefragt. Hierbei ist „Prävention“ besonders gut bei Instagram aufgenommen worden. So haben beispielsweise das FAQ-Video sowie der LKA-Instagram-Account eine herausragend hohe Reichweite erzielt. Die Impressions schwanken bei den drei Motivpostings zwischen 1.953 und 3.274. Das Teaservideo erreichte eine Reichweite von 6.068, während das bereits erwähnte FAQ-Video eine Reichweite von 24.780 aufwies.

Durch den Schulterschluss der niedersächsischen Polizeibehörden, die eine Woche lang gemeinsam gegen Hatespeech auftraten, schaffte es die Polizei, sich landesweit nahbarer zu machen und als verantwortungsvoller Akteur aufzutreten. Sogar nicht polizeiliche Accounts wie z. B. der TV-Journalist Jan Böhmmermann der den Motivbeitrag Nr. 1 des LKA-Twitter-Accounts teilte, schlossen sich der Kampagne an. So schaffte es der #HassistkeineMeinung sogar auf Platz 5 der deutschlandweiten Twitter-Trends. Auch Politikerinnen und Politiker wie Renate Künast (Bündnis 90/ Die Grünen), Innenminister Boris Pistorius (SPD) oder Sportler wie das Team des VfL Osnabrück und Schiedsrichter/-innen-Prominenz Bibiana Steinhaus-Webb zählten zu den Unterstützern.

„Mit der Kampagne gegen Hasskriminalität haben wir den Opfern von Hass und Hetze den Rücken gestärkt und ein deutliches Signal gegen ‚Hatespeech‘ gesetzt“, sagt der niedersächsische Minister für Inneres und Sport, Boris Pistorius. „Hass und Hetze sind weder in sozialen Netzwerken noch sonst in unserer Gesellschaft zu entschuldigen.“

Antje Heilmann

niedersächsischen Polizeibehörden mit der Bitte um Veröffentlichung auf den eigenen Kanälen zur Verfügung gestellt. Bei der Erstellung des Materials musste darauf geachtet werden, dass die Inhalte sensibel formuliert und gut durchdacht waren. Auch die Produktion der Fotos und Videos, die durch das LKA extra für die Kampagne erstellt wurden, nahm erheblich viel Zeit in Anspruch. An dieser Stelle gebührt ausdrücklich ein Dank allen, die auf den Plakaten und in den Videos zu sehen sind.

Der Erfolg der Kampagne spiegelt sich nicht nur in dem sehr guten Austausch mit den Userinnen und Usern, sondern auch in der erzielten Reichweite wieder. Nach Auswertung aller Polizei-Accounts aller Behörden in der Polizei Niedersachsen

wurde eine Reichweite von insgesamt 2.084.376 Aufrufen erreicht – bei einer Einwohnerzahl von rund acht Millionen Menschen in Niedersachsen.

Kritik an der Kampagne äußerten die User und Userinnen hierbei unterschiedlich. Vom Vorwurf der Einschränkung der Meinungsfreiheit bis hin zu Äußerungen, dass Hass ein Gefühl sei und dieses von der Polizei verboten werden würde, waren viele Anschuldigungen dabei.

Vielfach konnte bei Äußerungen von Usern und Userinnen im Corona-Politik-Kontext oder bei Kritik an polizeilichem Vorgehen (negative Erfahrungen bei Anzeigenaufnahme oder bei Versammlungen) auf die Landing-Page verwiesen und der Diskurs versachlicht werden, Link:

## #HassistkeineMeinung

# „Der Ton wird heftiger!“

**Eine Kampagne gegen Hatespeech – müsste doch ganz einfach sein. War es aber nicht.**

Für die proPolizei schildert das Kampagnen-Macher-Team Sonja Lange, Julia Hampel (beide LKA Niedersachsen) und Manuel Sielemann (PD Osnabrück) seine Erfahrungen im Kontakt mit den Userinnen und Usern. Zudem wird darauf eingegangen, wie es sich anfühlt, plötzlich auch persönlich nicht nur positiv angesprochen zu werden. Damit berichten sie stellvertretend für alle Behörden von der landesweiten Kampagne.



**? Sonja, du bist erst seit kurzem Social-Media-Managerin des LKA, kennst die Kampagne aber quasi bis ins kleinste Pixelchen, weil du vorher als Sachbearbeiterin Medienproduktion für die Filme, Fotos und Plakate zuständig warst. Wie war das, so ein direktes Feedback auf deine kreative Arbeit zu bekommen?**

**Sonja:** Ein direktes Feedback zu meiner Arbeit ist mir sehr wichtig. Das spannende an Kampagnenarbeit ist ja grundsätzlich komplexe Inhalte, emotionales Bild- und Videomaterial und medienwirksame Texte zu verknüpfen. Eine Aufgabe, die gerade für das Thema „Hass im Netz“ sehr herausfordernd war - am Ende muss die Kampagne funktionieren und gleichzeitig alle inhaltlichen Aspekte berücksichtigt werden. Hinzu kommt, dass Bilder gerade in den sozialen Netzwerken eine starke Wirkmacht haben und in Verbindung mit brisanten Themen viel bei Menschen auslösen können. Dessen muss man sich immer bewusst sein. Gleichzeitig galt es, eine hohe Aufmerksamkeit und einen gewissen Sog zu generieren. Insofern war die Erstellung des Bild- und Videomaterials ein Balanceakt, der geprägt war von vielen Änderungsschleifen, von vielen Diskussionen und „was-passiert-dann-Gedankenspielen“. Als Fotografin und Cutterin ist es wichtig, die eigene Arbeit im Team immer wieder zu reflektieren, das hat mit Manuel und Julia super geklappt. Und ja: ich habe mich natürlich gefreut über die Aufmerksamkeit, die die Kampagne erzielt hat – besonders, als es dann losging. Auch in Hannover an den Plakaten vorbeizufahren, war ein schönes Erlebnis.

**? Manuel, wenn du das Community Management vor, nach und während der Kampagne vergleichst: War der Ton anders?**

**Manuel:** Der Ton in Social Media ist auf jeden Fall rauer geworden – allerdings nicht erst seit der Kampagne. Insbesondere in der Pandemiezeit hat sich da, so mein Eindruck, eine brisante Dynamik entfaltet: Es gibt mehr Sticheleien, Beleidigungen, Hassrede – entsprechend

ausfallend ist die Wortwahl. Diesen Negativtrend haben wir auch im Zuge der Kampagne beobachtet. Ein größerer Teil der Kommentare unter den Beiträgen war durchaus negativ: angefangen bei sachlicher Kritik bis hin zu hasserfüllten Aussagen. Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass wir insgesamt deutlich mehr „Likes“ als Kommentare hatten. Offenbar also das typische Phänomen einer lauten Minderheit bzw. leisen Mehrheit.

**? Julia, stellt ihr einen Unterschied zwischen Twitter, Facebook und Instagram fest?**

**Julia:** Ja, es ist definitiv ein Unterschied zwischen den Social-Media-Plattformen festzustellen. Auch unabhängig von der Kampagne können wir sagen, dass sich unterschiedliche Zielgruppen auf Facebook, Twitter und Instagram wiederfinden und wir zum Teil unterschiedliche Resonanzen erfahren.

Im Vorfeld dieser Kampagne haben wir über die jeweiligen Zielgruppen Gedanken gemacht und waren dementsprechend vorbereitet.

**? Sonja: Habt ihr damit gerechnet, dass die Kampagne vielleicht nicht überall gut ankommt? Wart ihr darauf vorbereitet?**

**Sonja:** Wir haben damit gerechnet und auch gehofft, dass das Thema einen starken Diskurs auslösen wird. In der derzeitigen gesamtgesellschaftlichen Stimmung konnte man davon ausgehen. Der Ton wird heftiger - diesen Trend kann man mittlerweile auch auf Social Media beobachten. Viele Userinnen und User ziehen sich auf den Plattformen in Gruppen z. B. auf Facebook oder auf WhatsApp-Kanälen zurück. Twitter z. B. ist ein sehr politisches und reaktives Medium, hier werden schnell Bubbles gebildet, die Themen für sich kapern können. Der Ton ist grundsätzlich eher rau und sarkastisch, der Grundtenor ist diskurslastig und investigativ. Der Kontext ‚Polizei‘ wird hier eher kritisch betrachtet und dementsprechend haben wir gerade auf Twitter

kritische Reaktionen erwartet. Die Kritik, die es dann zur Kampagne gab, mussten wir nichtsdestotrotz aus- und dagegenhalten, auch wenn es zum Teil schwierig war, der gedanklichen Ebene einiger Kommentare zu begegnen, da gezielt polemisch argumentiert wurde. Einige Kommentare und Argumentationsketten waren für mich erschreckend und sehr weit entfernt von meinem persönlichen Wertesystem. Das hat mich betroffen gemacht und ich habe mich gefragt: was entgegnet man diesen Menschen? Hier haben wir immer wieder auf die Gesetze verwiesen. Wenn allerdings unser gesamtes demokratisches System und damit auch unsere Gesetze infrage gestellt werden „der Polizei“ Zensur an der freien Meinung vorgeworfen wird, verschwimmt der Diskurs. Gleichzeitig gab es viele Rückmeldungen und viele Likes – das hat uns natürlich gefreut! Ich glaube, wir haben mit der Kampagne bei vielen Menschen ins Bewusstsein rücken können, dass man sich im Netz nicht bedrohen oder beleidigen lassen muss und dass es auch gesellschaftlich bedeutsam ist, sich dagegen zu wehren.

**? Und was ist besonders positiv aufgefallen?**

**Sonja:** Die großartige Unterstützung relevanter Akteure, das gemeinschaftliche Aktionsposting und natürlich auch der Retweet von Jan Böhmermann, der uns damit zu großer Reichweite verholfen hat.

**Manuel:** Mit der Kampagne wollten wir als Polizei Niedersachsen bewusst ein Zeichen gegen Hass setzen – und für mehr Fairness werben. Es war dann schön zu sehen, wie sich auch andere gesellschaftliche Akteure diesem Aufruf angeschlossen haben: vom Fußballspieler über die Lokalpolitikerin bis hin zur Freiwilligen Feuerwehr.

**Julia:** Besonders positiv war der viele Zuspruch und die enorme Unterstützung. Gerade beim Aktionsposting am Dienstag waren wir über die zahlreiche Teilnahme sehr erfreut ...





Aktionsposting: #HassistkeineMeinung

**? Julia, #HassistkeineMeinung ist die erste landesweite Kampagne. Dazu war auch viel Abstimmung unter den Polizeibehörden notwendig. Das hast insbesondere du gemacht. Wie lief das? Wie war das Feedback?**

**Julia:** Vorab: Herzlichen Dank an alle Behörden für die großartige Teilnahme an der Kampagne. Wir waren uns von vornherein im Klaren darüber, dass es sich um ein sensibles und überaus wichtiges Thema handelt. Das Social-Media-Kit verfügte über alle wichtigen Details zum Ablauf der Kampagne. Diesbezüglich war das Feedback super. Es sollte ein „rund-um-sorglos“-Paket für die Behörden darstellen und den Aufwand für die Kolleginnen und Kollegen auf ein Minimum reduzieren. Das hat anscheinend sehr gut funktioniert. Für die nächste Kampagne nehmen wir mit, dass wir uns untereinander aufeinander verlassen können und auch kurzfristige Absprachen möglich sind.

**? Sonja, Julia, ihr wurdet auch persönlich zur Zielscheibe. Ich erinnere mich zum Beispiel an ein Foto, auf dem Sonja Lange und Julia Hampel ein Schild halten mit #Hassistkeine-Meinung. Ein Unbekannter hat dann euer Bild verfremdet, offensichtlich in der Absicht, euch lächerlich zu machen. Wie war das für euch? Wie geht ihr damit um?**

**Sonja:** Traumatisch! Vor allem, weil ich sonst hinter der Kamera stehe. Nein, im Ernst: Es war schon merkwürdig, was da Leute mit unserem Foto angestellt haben und welche Energie da reingesteckt wurde. Und natürlich auch befremdlich, wenn man manche Kommentare darunter gelesen hat. Man macht sich ein Stück weit zur Zielscheibe, andererseits ist es auch ein Zeichen von Stärke, sich im Netz so zu zeigen.

**Julia:** In der Tat gab es einige Verfremdungen unseres Bildes. Über die meisten

konnte ich schmunzeln. Es ist doch auch schön zu sehen, dass sich jemand mit der Kampagne auseinandersetzt – in welcher Art und Weise, ist da erstmal zweitrangig. Natürlich ist der Gedanke, dass sich jemand über einen lustig macht, nicht schön, allerdings beziehen sich diese Anfeindungen meiner Meinung nach nicht an uns persönlich. Da sind einige Userinnen und User einfach unzufrieden und nehmen (in diesem Fall) uns als Zielscheibe.

**? Manuel, in einem der Filme bist du als Moderator zu sehen. Bist du darauf angesprochen worden? Wie war das für dich?**

**Manuel:** Normalerweise stehen wir als Social-Media-Manager nicht vor, sondern eher hinter der Kamera. Von daher war das schon eine besondere Erfahrung für mich. Es hat auf jeden Fall großen Spaß gemacht! Und tatsächlich wurde ich in meinem Freundeskreis auch darauf

angesprochen. Dort wurde die Kampagne sehr positiv wahrgenommen: Es sei richtig und wichtig, dass die Polizei aktiv in Social Media unterwegs ist und dort auf moderne und zeitgemäße Art wichtige Themen transportiert.

**? Was hat euch – positiv wie negativ – am meisten an der Kampagne überrascht?**

**Manuel:** Die Zahlen zeigen: Die Kampagne hat viele User erreicht und angesprochen. Da würde ich sagen: Ziel erreicht! Verwundert hat mich dann aber doch, worüber sich Menschen aufregen können. Dass der gewählte Titel der Kampagne #HassistkeineMeinung durchaus kontrovers diskutiert werden kann, war

uns klar. Dass aber einige Nutzer teils so empört reagiert haben, damit hätte ich nicht gerechnet.

**Julia:** Das Interessante ist ja, dass man Inhalte veröffentlicht, mit denen man sich monatelang auseinandergesetzt hat und man gar nicht weiß, wie diese angenommen werden. Ich persönlich fand es teilweise erschreckend, welche Wut und wahrscheinlich größtenteils Frustration hinter einigen Kommentaren stand. Eine Vielzahl der Kommentare wies einen Bezug zu den letzten zwei Jahren der Corona-Politik auf.

Ab und zu entstand der Eindruck, dass einige Userinnen und User gezielt Ansatzpunkte für Anfeindungen gegen Politiker oder der Polizei gesucht haben.

**? Hand auf's Herz. Wenn ihr zurückschaut: Hat sich der ganze Aufwand gelohnt?**

**Manuel:** Klare Antwort: Ja, auf jeden Fall! Dafür, dass wir diese Kampagne als Polizei komplett „im eigenen Saft“ erstellt haben, ist am Ende ein richtig gutes Produkt dabei rausgekommen. Ein tolles Beispiel auch für die gute Zusammenarbeit zwischen den Behörden.

**Julia:** Definitiv: ja! Am Ende stand eine echt gelungene Kampagne, die eine Vielzahl an Bürgerinnen und Bürger im Internet und auch in der analogen Welt erreicht hat und für ein wichtiges Thema sensibilisiert und aufgeklärt hat. Und: hinter den Kulissen haben sich tolle Kolleginnen und Kollegen näher kennen- und vor allem auch wertschätzen gelernt.

**Sonja:** Es hat sich definitiv gelohnt! Die Tatsache, dass wir mit über 2 Millionen Menschen Reichweite dieser Aufmerksamkeit erzielt haben, spricht für sich! Hass im Netz ist ein Kernthema, weil im Netz viel ausgehandelt wird und sich unsere Gesellschaft durch den Diskurs weiterentwickelt, nicht nur aber gerade auch bei jungen Menschen, für die diese frühen Erfahrungen prägend sind. Ich bin mir sicher, dass wir – gerade durch die drastischen Echtbeispiele – viele Menschen erreicht und zum Nachdenken angeregt haben, denen das Thema bis dato vielleicht noch nicht so bewusst war.

Es ist gut, als gesamte Polizei in Niedersachsen so ein klares Zeichen zu setzen und von so vielen gehört zu werden.

**Das Interview wurde durch Antje Heilmann geführt.**



## LKA-Präsident Friedo de Vries nimmt Stellung zu Hasspostings

# „Angst und Einschüchterung können keine Mittel in unserer politischen Debatte sein“

**? Herr de Vries, was bedeutet das Phänomen Hasskriminalität im weiteren und Hasspostings im engeren Sinne für die Polizei?**

**de Vries:** Hass führt zu Angst und Einschüchterung. In dem Kontext will ich auch das Verbreiten und Kommentieren sogenannter „Listen politischer Gegner“ im digitalen Netz ansprechen. Hier werden Menschen, die sich für bestimmte Werte aussprechen und engagieren, Position beziehen – auch und gerade unsere Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger – öffentlich angegangen. Dies geschieht mit Namen, mit Adresse, mit Familienhintergrund und mit der Intention, Druck auszuüben, um zu diffamieren. Auf jeden Fall aber mit dem Ziel, einzuschüchtern, Angst zu verbreiten und damit indirekt das Verhalten zu beeinflussen. Das ist etwas, was wir nicht zulassen können und wollen. Angst und Einschüchterung können keine Mittel in unserer politischen Debatte oder auch in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen sein. Wer erklärt sich zukünftig noch bereit, für eine Sache einzutreten, sich persönlich in Vereinen, in kommunalen Räten politisch Position zu beziehen? Nein, Hass und Hetze, das Verbreiten von Drohungen und Angst –

mit Auswirkungen auf Familie und Freunde hat hier keinen Platz. Letztlich wird damit unser gesellschaftliches Werte- und Demokratiesystem mit weitreichenden Folgen angegriffen.

**? Daraus könnte man ableiten, dass Hass ein Nährboden für Radikalisierung ist?**

**de Vries:** Das ist der zweite Aspekt, warum wir Hasskriminalität nicht verharmlosen dürfen. Aus der Aufarbeitung der verschiedenen Gewalttaten und Anschlägen der Vergangenheit wissen wir, dass die sog. „Online-Radikalisierung“ eine große Rolle im Bereich des Extremismus spielt. Menschen sind gefangen in ihren Nachrichtenblasen, fühlen sich in diesen Echokammern in ihrem Schwarz-weiß-Denken, in ihrem Hass bestärkt und radikalisiert. Es ist auf der einen Seite eine Errungenschaft der Digitalisierung, dass man sich so umfangreich und vielfältig informieren kann. Auf der anderen Seite bewegt sich der eine oder andere nur in seiner Blase, wo er jeden Tag – minütlich sozusagen – in seinen Vorurteilen bestätigt wird. Der gesellschaftliche Diskurs, in dem man

auch andere Meinungen zulässt, findet in diesen digitalen Räumen teils nicht mehr statt. Sorge bereitet uns, dass man dort auch Menschen antrifft, die ohnehin schon psychisch labil und anfällig für bestimmte Theorien sind. Man pusht sich dort gegenseitig hoch, bis jemand die Nerven verliert und die Situation in Form von Gewalttaten zu eskalieren droht.

**? Sie appellieren beharrlich an alle Bürgerinnen und Bürger, die Dinge zur Anzeige zu bringen, um ein Zeichen zu setzen und weisen immer wieder darauf hin, dass die Justiz durchaus bereit ist, auch empfindliche Strafen auszusprechen. Was tut die Polizei?**

**de Vries:** Natürlich haben auch wir eine Rolle in der Straftatenermittlung. Wir sind aktiv im Netz „auf Streife“, müssen dabei aber anerkennen, dass das Internet keine örtliche Zuständigkeit kennt. Wir leben auch nicht in einem Staat, der sich wünscht, dass Polizei oder Sicherheitsbehörden in allen Kommunikationsformen mit dabei sind und mitlesen. Dafür gibt es gute Gründe und das ist auch nicht mein Verständnis.



Friedo de Vries

### ? Sondern?

**de Vries:** Mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz sollen die Anbieter entsprechender Plattformen verpflichtet werden, bei strafrechtlicher Relevanz diese Sachverhalte zu melden. Gegen diese gesetzliche Meldeverpflichtung wehren sie sich. Trotz aller guten Gründe im Netz auch anonym bleiben zu dürfen, braucht es bei strafrechtlich relevanten Posts eine Verpflichtung zur Meldung und bestenfalls Löschung, um der Hetze und dem Hass im Netz Einhalt zu gebieten.

### ? Braucht es dafür Ihrer Meinung nach einem eigenen Straftatbestand?

**de Vries:** Ich bin immer zurückhaltend, wenn es darum geht, neue gesetzliche Regelungen und oder härtere Strafen zu fordern. Wir haben im Strafgesetzbuch viele Möglichkeiten, die müssen wir anwenden. Hasskriminalität wäre für mich kein eigener Straftatbestand, weil die Vielfalt dessen, was Hasskriminalität ausmacht, es aus meiner Sicht ein Stück weit unmöglich macht, diese in einem Paragraphen zusammenzufassen. Aber ich

bin schon erschüttert, wenn es im Netz, wie im Falle des schrecklichen Mordes an den beiden jungen Polizisten in Rheinland-Pfalz, für derart abscheuliche Taten Zustimmung und befürwortende Kommentare gibt. Hier braucht es klare Signale und rechtliche Instrumente, diese Menschen zu ermitteln, ihnen ein Gesicht und einen Namen zu geben und sie zur Verantwortung zu ziehen.

**Das Interview wurde durch Antje Heilmann und Philipp Hasse geführt.**

## HASS-/VORURTEILSKRIMINALITÄT

# Vorurteils kriminalität aus soziologischer Perspektive

Hass- bzw. Vorurteils kriminalität richtet sich gezielt gegen Personen aufgrund deren sozialer Gruppenzugehörigkeit und orientiert sich an identitätsstiftenden Merkmalen wie z. B. Hautfarbe, religiöser Glaube oder sexueller Orientierung.

Allein in Deutschland hat sich die Zahl der offiziell registrierten Hassdelikte seit 2014 mehr als verdoppelt (Riaz, Bischof & Wagner 2021). Besonders gravierend ist dabei, dass die Opfer nicht wegen einer persönlichen Handlung, Äußerung oder Auffassung angegriffen werden, sondern wegen ihrer (vermeintlichen) Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe (Groß & Häfele 2022: 20). Das Konzept der Vorurteils kriminalität ist nahezu identisch mit dem Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) (Heitmeyer 2002) mit den aktuell dreizehn Syndromelementen (z. B. Rassismus, Muslimfeindlichkeit, Antisemitismus), die aktuell u. a. in den Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung beobachtet werden (Zick, Küpper & Berghan 2019). Durch ihren gruppenbezogenen einschüchternden Botschaftscharakter von vorurteilsgeleiteten Handlungen werden die gesellschaftliche Zugehörigkeit und soziale Anerkennung für all jene Personen in Frage gestellt, die sich mit der Gruppe identifizieren (Groß & Häfele 2022: 20). Nicht zuletzt wegen dieser gesellschaftspolitischen Dimensionen und den damit verbundenen gravierenden Folgen für Demokratie und

gesellschaftliche Teilhabe sollte Vorurteils kriminalität auch aus polizeilicher Sicht stärker als eigenständiges Kriminalitätsphänomen in den Fokus gerückt werden (ebda.).

Die aktuelle Subsumtion von Hassdelikten in den PMK-Bereich ist insofern als problematisch zu betrachten, als diese weniger durch ideologische Überzeugungen motiviert sind und auch eher selten mit organisierten Hassgruppen oder Rechtsextremen in Verbindung gebracht werden können (McDevitt & Levin 2018: 33f); vielmehr scheinen sie eher durch ein diffuses rechtes Weltbild ohne klare Ideologie aber eine deutliche Gesinnung mit ausgeprägten Feindbildern gekennzeichnet zu sein (Habermann & Singelstein 2018: 27). Die Täter:innen handeln dabei nicht selten aus einer zufälligen Motivation heraus (Dancygier & Green 2010). Dies führt dazu, „dass viele vorurteilsmotivierte Taten mit einer verengten Perspektive auf ein politisches Motiv, wie es die polizeiliche PMK-Erfassung impliziert, aus dem öffentlichen und polizeilichen Wahrnehmungsraster herausfallen“ (Groß & Häfele 2022: 21).

Mit einer aktuell laufenden Studie zu vorurteilsgeleiteten Handlungen in urbanen Räumen (HateTown) versuchen Joachim Häfele (PA Niedersachsen) und Eva Groß (Hochschule in der Akademie der Polizei Hamburg) einen Beitrag zur bislang noch eher dürtigen Forschungslage im Bereich vorurteilsgeleiteter Handlungen in Deutschland zu leisten. Ziele der Befragungsstudie in Hamburg sind u. a. die Schaffung einer belastbaren Datengrundlage in Bezug auf die Differenzierung der Belastung der Bevölkerung insgesamt sowie verschiedene besonders betroffene Gruppen nach soziodemographischen Faktoren. Diese beinhalten die Untersuchung sozialräumlicher Einflüsse auf unterschiedliche Ausprägungen (z. B. Vulnerabilität von Gruppen, Anzeigeverhalten, Bewältigungsstrategien, Vertrauen in Institutionen wie Polizei und Justiz, etc.) sowie die Ausschärfung der Begrifflichkeit/Definition von Hass- bzw. Vorurteils kriminalität für die Anwendung in polizeilichen Erfassungsrichtlinien.

Dr. Joachim Häfele



### Begriffserklärung aus kriminologischer Sicht

- Aus kriminologischer Sicht ist der Begriff Vorurteils kriminalität treffender als Hasskriminalität, zumal die Taten nicht durch Hass zwischen zwei Personen oder ein interindividuelles Feindschaftsverhältnis motiviert sind, sondern vielmehr Ausdruck gruppenbezogener Abwertung sind, die mit gesellschaftlichen Strukturen von Macht und Unterdrückung zusammenhängen (Groß & Häfele 2022: 20).



Ausführliche Informationen findet ihr auch unter:

[www.pa.polizei-nds.de/startseite/ikris/forschung/forschungsprojekt-hatetown-vorurteilsgeleitete-handlungen-in-urbanen-raumen-hatetown-115818.html](http://www.pa.polizei-nds.de/startseite/ikris/forschung/forschungsprojekt-hatetown-vorurteilsgeleitete-handlungen-in-urbanen-raumen-hatetown-115818.html)

## POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT

# Anzahl der politisch motivierten Straftaten in Niedersachsen im Jahr 2021 deutlich angestiegen

Zum ersten Mal überhaupt seit Erfassung in der Definitionssystematik der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) sind in einem Jahr mehr als fünftausend politisch motivierte Straftaten in Niedersachsen registriert worden.

Für dieses „Superwahljahr 2021“ – insbesondere mit der Bundestagswahl – präsentierten Herr Minister Pistorius gemeinsam mit Herrn LPP Brockmann am 12. Mai 2022 die für Niedersachsen registrierten Fallzahlen für das Jahr 2021.

Nicht erst mit dem aktuellen Fallzahlenanstieg war klar: Die Bekämpfung der PMK ist und bleibt weiterhin eine große Herausforderung für die niedersächsischen Sicherheitsbehörden.

2021 wurden nämlich 5.010 Straftaten im Zusammenhang mit der PMK registriert. Dies entspricht einer sehr deutlichen Zunahme um etwa 38 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (2020: 3.622 Straftaten). Woraus resultiert dieser starke Fallzahlenanstieg? Insbesondere die öffentliche Diskussion über eine allgemeine Impfpflicht führte zu einem deutlich gesteigerten Protestaufkommen in Teilen der Bevölkerung. Daneben standen etwa 25 Prozent (1.294 Taten) aller registrierten Straftaten im Zusam-

menhang mit der Bundestagswahl, den Kommunalwahlen und mehreren Direktwahlen in Niedersachsen. Davon waren der weit überwiegende Teil Sachbeschädigungen und Diebstähle an und von Wahlplakaten.

Insoweit gilt es, die Maßnahmen und Kapazitäten des polizeilichen Staatsschutzes zur Gewährleistung einer intensiven und wirksamen Bekämpfung der PMK in Niedersachsen weiterhin fortlaufend zu prüfen und auf die absehbaren Entwicklungen der Zukunft auszurichten. Die strategische Weiterentwicklung der Polizei Niedersachsen wird daher konsequent fortgesetzt werden. Der polizeiliche Staatsschutz wird insgesamt weiter wachsam auf die gesellschaftlichen Veränderungen schauen, die digitale Welt noch stärker zum Schutz aller im Blick behalten und die zukunftsorientierten und notwendigen Weichen in einer sich stark verändernden Gesellschaft stellen.

Mohammed Zaidi



### Kernaussagen zur Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität 2021

- Die Politisch motivierte Kriminalität hat in Niedersachsen in 2021 deutlich zugenommen und mit 5.010 Delikten einen Höchststand erreicht.
- Auf die ausgeprägte Entwicklung des Kriminalitätsgeschehens haben insbesondere die COVID-19-Pandemie und die Maßnahmen zu deren Eindämmung sowie die Bundestags-, Kommunal- und Direktwahlen Einfluss genommen.
- Rechtsmotivierte Kriminalität hat weiter den höchsten Anteil an der Politisch motivierten Kriminalität und liegt unverändert auf hohem Niveau.
- Veritable Anstiege zum Vorjahr bestehen in den Phänomenbereichen der Politisch motivierten Kriminalität -links- und -nicht zuzuordnen.
- Gewaltdelikte haben in der Gesamtzahl deutlich zugenommen, wenngleich der Anteil dieser Fälle am Gesamtfallzahlenaufkommen im Vergleich zu 2020 nur leicht gestiegen ist.
- In Fällen antisemitischer Kriminalität ist eine deutliche Zunahme zu verzeichnen.
- Die Bedrohung durch den islamistisch geprägten Extremismus / Terrorismus hat weiterhin eine herausragende Bedeutung, auch wenn die Anzahl der in diesem Zusammenhang registrierten Straftaten im Vergleich zum Vorjahr weiter rückläufig ist.



Weitere Informationen zum Jahreslagebild Politisch motivierte Kriminalität 2021:

<https://www.mi.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/presseinformationen/politisch-motivierte-kriminalitat-in-niedersachsen-deutlicher-anstieg-der-straftaten-im-super-wahljahr-2021-211556.html>



Suchen in null 1|5 nach...Q → Politisch motivierte Kriminalität in Niedersachsen

## HASSKRIMINALITÄT IM INTERNET

# Hassbotschaften passen sich realen Wirklichkeiten an

## Oberstaatsanwalt Laue bekämpft mit seinem Team Hatespeech und schult dafür auch Polizeibeamte, Staatsanwälte und Richter

Die Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet (ZHIN) bei der Staatsanwaltschaft Göttingen hat 2020 ihre Arbeit aufgenommen. Sie besteht aus einem Informatiker, zwei Staatsanwältinnen, einem Staatsanwalt sowie ihrem Leiter Oberstaatsanwalt Frank-Michael Laue. Mehr als 1000 Ermittlungsverfahren hat die ZHIN seit ihrem Bestehen geführt. Ein Großteil davon betraf Verfahren, in denen explizit Amts- und Mandatsträger Opfer von Hasskriminalität im Internet waren. Einen weiteren Schwerpunkt bilden Verfahren, die rassistische und/oder antisemitische Äußerungen zum Gegenstand haben.



Foto: Jan-Michael Rebuschat

Oberstaatsanwalt Frank-Michael Laue

**? Herr Oberstaatsanwalt Laue, wer mit Ihnen über das Thema spricht, merkt, dass Sie sich in dem Bereich sehr engagieren – was ist Ihre Motivation?**

**OStA. Laue:** Durch die Möglichkeit, sich anonym im Netz zu bewegen, was ja grundsätzlich nicht zu beanstanden ist, sehen sich viele ermutigt, Hassbotschaften loszuwerden, weil sie denken, sie können das völlig ungestraft tun. Wir holen diese Leute aus ihrer Anonymität heraus. Das bedeutet aber nicht, dass wir die Meinungsäußerungsfreiheit einschränken. Im Gegenteil, wir wollen Platz schaffen, dass man frei Meinungen äußert. Denn die eigene Meinung frei, unbeeinflusst und offen sagen und sich

darüber austauschen zu können, stellt einen wesentlichen Grundpfeiler unserer Gesellschaft dar.

Zudem haben Fälle in der Vergangenheit gezeigt, dass aus Worten Taten werden können. Dieser Entwicklung gilt es mit Nachdruck entgegenzuwirken.

**? Können Sie sagen, ob sich „Hatespeech“ verändert hat?**

**OStA. Laue:** Zu beobachten ist, dass sich die Hassbotschaften an den Geschehnissen in der realen Welt orientieren: Hasspostings, etwa mit Blick auf die Flüchtlingspolitik von Angela Merkel, gab es schon lange vor der Tötung von

Dr. Walter Lübcke. Aber es ist immer weiter eskaliert. Bei Dr. Lübcke ging das soweit, dass aufgerufen wurde: Diesen Mann muss man aufhängen!

Hass und Hetze haben aber nicht nur mit Mandatsträgern zu tun. Wir haben Fälle, die sind ethnisch motiviert, es geht um die sexuelle Orientierung, um die Religionszugehörigkeit usw. Zu Zeiten der Flüchtlingskrise richteten sich Kommentare mit oft volksverhetzenden Inhalten gegen Geflüchtete.

Infolge der Corona-Pandemie – insbesondere im Zusammenhang mit der Impfpolitik, der Pflicht zum Maskentragen, den Beschränkungen für Ungeimpfte – wurden und werden noch immer Kommentare verbreitet, die die Einschränkungen der Nichtgeimpften gleichsetzen mit der Verfolgung und Vernichtung der Juden im Nationalsozialismus. Diese Verharmlosungen des Holocausts betrachten wir strafrechtlich als Volksverhetzung und führen entsprechende Ermittlungsverfahren bzw. erheben Anklage. Hinzu kommen häufig antisemitisch geprägte Verschwörungstheorien im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie bzw. Impfungen gegen das Corona-Virus.

Aktuell ist im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg zu beobachten, dass unter Verwendung des „Z-Symbols“ zur Solidarisierung mit Russland und dessen Angriffskrieg auf die Ukraine aufgerufen wird. Hier handelt es sich um die öffentliche Billigung von Straftaten, strafbar nach § 140 Nr. 2 StGB, die wir ebenfalls strafrechtlich verfolgen.

**? Wir hören oft „Anzeigen bringt nichts, das wird eh eingestellt“ – was entgegnen Sie solchen Behauptungen?**

**OStA. Laue:** Diese Äußerungen hören wir auch. Aber wenn Sachverhalte nicht angezeigt werden, dann können Polizei und Staatsanwaltschaft diese auch nicht verfolgen. Zudem ist es nicht unser Ansatz, die zur Anzeige gebrachten Fälle

einzustellen. Vielmehr versucht die Staatsanwaltschaft mit Hilfe der Polizei die Verantwortlichen zu überführen und deren Bestrafung herbeizuführen. Dies ist nicht immer leicht.

**? Hatespeech erscheint in vielerlei Formulierungen, braucht es Ihrer Meinung nach einen eigenen Straftatbestand, um diese klar(er) zu fassen?**

**OStA. Laue:** Sie haben Recht: es gibt keine abschließende Definition für „Hatespeech“. Zusammenfassend ist Hatespeech ein Sammelbegriff. Es geht um Straftaten aufgrund von Nationalität, Ethnie, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Behinderung, sexueller Identität, politischer Haltung, Engagement, Erscheinungsbild etc. Die einschlägigen Strafnormen – insbesondere das Auffordern zu Straftaten (§ 111 StGB), Volksverhetzung (§ 130 StGB), die Billigung von Straftaten (§ 140 StGB) aber auch die Beleidigungsdelikte (§ 185 ff StGB) oder die Bedrohung (§ 241 StGB) – decken dieses Kriminalitätsfeld ab. Besonders die gesetzgeberischen Neuerungen haben dazu geführt, dass Strafbarkeitslücken geschlossen werden konnten. So kann mittlerweile eine Bedrohung nicht mehr nur dann verfolgt werden, wenn der Täter ein Verbrechen androht, sondern schon das Androhen einfacher körperlicher Gewalt reicht aus. Auch das ein tatsächlich noch nicht begangenes Delikt gebilligt und mithin wegen Billigens von Straftaten verfolgt werden kann, ist möglich. Kurzum: einen eigenen Straftatbestand der „Hassrede“ bzw. „Hatespeech“ braucht es meiner Meinung nach nicht.

**? In den Verfahren arbeiten Sie eng mit der Polizei zusammen, wie sehen Sie die Zusammenarbeit aufgestellt?**

**OStA. Laue:** Bei der Verfolgung von Hasskriminalität sind wir auf eine gedeihliche und reibungslose Zusammenarbeit mit der Polizei, d.h. den Fachkommissariaten vor Ort, aber insbesondere auch mit der

polizeilichen Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Niedersächsischen Landeskriminalamt angewiesen. Die Zusammenarbeit funktioniert außerordentlich gut, übrigens auch mit den staatsanwaltschaftlichen Zentralstellen in den anderen Bundesländern bzw. den Ansprechpartnerinnen und -partnern für Hasskriminalität bei den übrigen zehn niedersächsischen Staatsanwaltschaften.

Vor dem Hintergrund der gesetzgeberischen Neuerungen, aber auch wegen der sich schnell wandelnden Erscheinungsformen von Hatespeech im Netz ist die Aus- und Fortbildung für die Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet äußerst wichtig. Dies gilt auch im Hinblick auf neue Ermittlungsmethoden im Netz, Anfragemöglichkeiten bei den Providern oder Social-Media-Plattformen. Deswegen schulen wir regelmäßig Polizeibeamte, Staatsanwälte und Richter im Rahmen von Vortrags- und Fortbildungsveranstaltungen und versuchen für das Thema Hass und Hetze im Netz zu sensibilisieren.

**? Gestatten Sie mir am Ende eine persönliche Frage: Den ganzen Tag lesen Sie üble Beleidigungen, Bedrohungen und Verunglimpfungen – wie schaffen Sie es dabei, nicht selbst übellaunig zu werden?**

**OStA. Laue:** Das ist eine gute Frage. Mit der notwendigen Professionalität und Distanz gelingt es mir, möglichst objektiv mit Tat und Täter umzugehen. Dass einem beim Betrachten mancher Hasspostings buchstäblich „das Lachen im Halse stecken bleibt“, liegt in der Natur der Sache und lässt sich nicht vermeiden. Vielleicht werde ich auch deshalb nicht übellaunig, weil ich privat selten bis gar nicht in den sozialen Netzwerken unterwegs bin.

**Das Interview wurde durch Antje Heilmann geführt.**

**POLIZEIDIREKTION OLDENBURG**

# Regionalkonferenz für Amts- und Mandatsträger/- innen in Cuxhaven

Am Dienstag, 24. Mai 2022, fand auf Einladung der Polizeiinspektion Cuxhaven die Regionalkonferenz für Amts- und Mandatsträger/-innen statt.

Eröffnet wurde die Veranstaltung mit zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern der Behörden sowie der Politik durch den Leiter der Polizeiinspektion Cuxhaven, Arne Schmidt. Moderiert durch die Leiterin des Zentralen Kriminaldienstes der Polizeiinspektion Cuxhaven, Stefanie Köster, und in Anwesenheit von Polizeipräsident Johann Kühme wurde schnell die Bedeutung der Bekämpfung des Phänomens der „Hass- und Hetzkriminalität“ deutlich.

In seinem Grußwort erinnerte Landrat Kai-Uwe Bielefeld an die Folgen von Angriffen auf die Demokratie und das Engagement von Amts- und Mandatsträgern/-innen. Welchen schwerwiegenden Ausgang eine Eskalation der Situation

haben kann, machte er an einem Fall aus dem Jahr 2017 deutlich. Bei diesem wurde der ehemalige Leiter des Veterinäramts im Einsatz von einem Landwirt durch Schussabgaben schwer verletzt.

Als aktuelle Leiterin des Kreisveterinäramtes berichtete Frau Dr. Tolmien-Burfeindt in einem emotional sehr bewegenden Vortrag von eigenen Gewalterfahrungen, die sie und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei ihrer Amtsausübung erlebt haben. Sie sagte: „Wenn man sich bei der Polizei bewirbt, weiß man, dass dieser Beruf gefährliche Situationen mit sich bringen kann. Wenn man sich als Tierärztin beim Landkreis bewirbt, geht man davon erstmal nicht aus.“

In seiner Funktion als Ratsherr und Abgeordneter des Cuxhavener Kreistages für die SPD-Fraktion schilderte Herr Gunnar Wegener zudem sehr eindrucksvoll, welchen Anfeindungen und Beleidigungen er insbesondere in den sozialen Netzwerken ausgesetzt ist. Mit einem Ausdruck der Angst habe er feststellen müssen, dass aus „Worten Taten werden“, als er von Ansammlungen der Corona-Kritiker vor seinem Haus und den wiederholten Farbschmierereien an seinem PKW berichtete.

Zu den im offenen Austausch auch kritischen Anmerkungen der aktuellen Strafverfolgungs- bzw. Einstellungspraxis bei Straftaten zum Nachteil von Amts- und Mandatsträgern/-innen nahm Oberstaats-



anwalt Kiers von der Staatsanwaltschaft Stade Stellung. Außerdem referierte er im Zuge der zwischenzeitlichen Gesetzesinitiativen zur besseren Bekämpfung der Hasskriminalität über die veränderten Strafbarkeits- und Strafverfolgungsvoraussetzungen.

In diesem Zusammenhang zeigte Polizeipräsident Kühme auf, dass Beschwerden gegen die Verfahrenseinstellung ein probates Mittel zur Durchsetzung des eigenen Rechts sein können, was mit eigenen Erfahrungswerten untermauert wurde.

Stefanie Köster erläuterte außerdem, was die Polizei unternimmt, um Hass und Hetze entgegen zu wirken. So seien Strategiepatinnen und –paten für Demokratie, Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter für Delikte gegen Amts- und Mandatsträger/-innen, Intel Officer und weitere Möglichkeiten in den vergangenen Jahren entstanden.

Als Letztes klärte Ralf Beyer über die polizeiliche Verfahrensweise zur Bekämpfung von Hass und Hetze auf. So zeigte er Möglichkeiten auf, mit denen es gelingt Täter aus der Anonymität des Internets zu holen. Ein kurzer Blick auf die Fallzahlen machte weiter deutlich, dass es notwendig ist, sich dem Phänomen verstärkt zu widmen.

Stephan Hertz



## TEDDY IN DEN USA

# Polizei-Give-aways auf langer Reise

Ein Polizeiteddy aus Hannover geht seit einigen Wochen in den Vereinigten Staaten auf Streife.

Anlass für die weite Reise war ein Bürger aus dem Raum Garbsen, der sich mit einer Bitte an die Polizeidirektion Hannover gewandt hatte. In einer E-Mail berichtete er davon, dass er sich im Jahr 2020 einen originalen „Ford Crown Victoria Police Interceptor“ des Police Departments Reynoldsburg aus Ohio gekauft hatte. Dieses Fahrzeug stamme aus dem Jahre 2011 und wurde viele Jahre im amerikanischen Polizeieinsatz genutzt. Aufgrund der großen Neugierde über die Vergangenheit seines Traumaautos nahm Jörn Kontakt zum Police Department auf und bekam vom zuständigen Chief neben persönlichen Glückwünschen zum Erwerb des Autos ein Schulterpatch und eine Medaille des Reviers zugesandt. Um sich erkenntlich zu zeigen, wollte Jörn ihm ebenfalls etwas von der deutschen Polizei zukommen lassen und bat die Polizeidirektion Hannover um Hilfe. Schnell kam die Idee auf, einen der Teddys, die als Trostspender auf den hiesigen Streifenwagen mitfahren, über den großen Teich zu schicken. Die Freude in den USA war groß, dieses besondere Erinnerungsstück der deutschen Polizei in Empfang nehmen zu dürfen.

Nadine Becker/Philipp Eberhard



## INTERVIEW-SERIE

# Auf eine Tasse mit Alexander Gluba

Mein Name ist Alexander Gluba. Ich habe nach Abschluss meines Soziologie-Studiums in Hamburg im Jahr 2001 im LKA Niedersachsen angefangen. Zunächst war ich im Landesanalysezentrum beschäftigt. Seit der Etablierung der kriminologischen Forschung im LKA habe ich immer in den hierfür fachlich zuständigen Referaten gearbeitet. Aktuell arbeite ich im Dezernat „Forschung, Prävention, Jugend“.

**? Beschreibe uns deine Tätigkeit und deine Funktion und vor allem deine Motivation?**

**Gluba:** Dass ich im LKA im Bereich der kriminologischen Forschung arbeiten kann, bedeutet für mich wirklich ein großes Glück. Ich wollte immer irgendwas mit Zahlen machen und gleichzeitig niemandem unnützes Zeug verkaufen müssen. Die Sicherheit eines Arbeitsplatzes im Öffentlichen Dienst war sicherlich auch ein positiver Faktor. Mit den Jahren, in denen ich unterschiedlichste Forschungsprojekte in verschiedenen Funktionen begleiten und durchführen durfte, habe ich darüber hinaus sehr schätzen gelernt, dass unsere Forschung sehr praxisbezogen ist. Sie erfolgt jenseits eines Elfenbeinturms und wird von den Kolleginnen und Kollegen interessiert nachgefragt. Wir forschen also nicht um der Forschung Willen. Dass die Rahmenbedingungen als vergleichsweise kleine, exotische Einheit nicht immer leicht sind, ist einerseits herausfordernd, dafür haben wir als eingebettete Forschungsstelle andererseits aber auch Möglichkeiten wie bessere Datenzugänge, über die uns andere Forschungseinrichtungen beneiden.

**? Was war dein interessantester und/oder außergewöhnlichster Einsatz/Fall?**

**Gluba:** Es ist immer besonders spannend, wenn man bei der Entwicklung und Durchführung von Forschungsprojekten

Erkenntnisse erzielt und Eindrücke gewinnt, die einen selbst überraschen oder nachdenklich werden lassen. Gerade jüngst im Zuge des Projekts „Hass in der Stadt“ war das wieder der Fall: In Gesprächen mit Jüdinnen und Juden, Menschen aus der LGBTQ+-Community oder Mandatsträgerinnen und -trägern war es spannend und erschreckend zugleich zu hören, was manche Menschen zu erdulden haben und welcher Mist leider viel zu häufig passiert. Einiges kann man sich teilweise vielleicht theoretisch vorstellen, aber Schilderungen aus erster Hand sind wirklich noch einmal etwas anderes. Vieles aber liegt auch wirklich jenseits der Vorstellungskraft.

**? Kannst du uns drei Dinge nennen, die wir über deine Dienststelle/deinen Dienstbereich wissen sollten?**

**Gluba:** 1. Es gibt uns und wir stehen bei wissenschaftlichen Fragestellungen gern beratend zur Seite!  
2. Wir brauchen die Offenheit und Unterstützung der Praxis für unsere Forschung aus der Polizei für die Polizei.  
3. Man kann uns verstehen, wir sprechen nur ganz selten in seltsamen Fachbegriffen.

**? So, und nun die wichtigste Frage: Kaffee oder Tee?**

Tee. Ich habe tatsächlich in meinem ganzen Leben noch nie Kaffee getrunken!



Alexander Gluba



KD Heinz Defayay als stellvertretenden PI-Leiter im Emsland bei dem Besuch der Ausstellung.

## „PARCOURS DURCH DEN ISLAM“

# Polizei Emsland holt Wanderausstellung „Was’ los, Deutschland?“ nach Meppen

Die Ausstellung „Was’ los, Deutschland!?“ gastierte vom 11. bis 24. Mai 2022 im emsländischen Meppen. Zielpublikum waren Schulklassen, Jugendliche und Erwachsene.

Zusammen mit dem Landkreis Emsland gelang es der Polizeiinspektion Emsland/Grafschaft Bentheim die Ausstellung in die Region zu holen. Auch Minister Boris Pistorius sowie Osnabrücks Polizeivizepräsident Michael Zorn lobten während der Eröffnung den Einsatz der Inspektion. Die Wanderausstellung informiert, interveniert und fordert zur selbständigen Reflexion auf. Sie soll junge Menschen darin unterstützen, populistischen und menschenverachtenden Meinungen und Ideologien entgegenzutreten und die Welt in ihrer Komplexität besser wahrzunehmen. Besucherinnen und Besucher

bewegen sich durch eine multimediale Szenerie von 27 lebensgroßen Figuren in zwölf Szenen, die jeweils für sich, aber auch im Zusammenhang stehen. Über Lautsprecher kommunizieren die Figuren miteinander und über Kopfhörer sind ihre Gedanken zu hören. Die Alltagsszenen stellen Erfahrungen und Begegnungen junger Menschen in Deutschland dar. So eröffnet sich ein vielschichtiger Erfahrungshorizont, in dem verschiedene Aspekte rund um die Themen Islam, anti-muslimischer Rassismus und Islamismus behandelt werden.

Jessica Scholz



#FAHRKLAR

# Sensibilisierungskampagne zu Fahrtüchtigkeit im Straßenverkehr gestartet

Die Fahrtüchtigkeit im Straßenverkehr ist in diesem Jahr das landesweite Schwerpunktthema in der Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei Niedersachsen. Begleitend dazu hat Innenminister Boris Pistorius bereits Anfang April der Öffentlichkeit die Kampagne #FAHRKLAR vorgestellt.

Bei der Bekanntgabe der Verkehrssicherheitskampagne betonte der Minister: „Die Zahl der Toten bei Unfällen im Zusammenhang mit Alkohol, Drogen oder Medikamenten hat sich mehr als verdoppelt. Das ist eine erschreckende Entwicklung! Sich betrunken oder im Rausch hinter das Steuer zu setzen, ist alles andere als ein Kavaliersdelikt. Wer so etwas tut, kann im nächsten Moment für den eigenen oder den Tod eines anderen Menschen verantwortlich sein. Das müssen wir noch mehr in die Köpfe bekommen!

Wir werden in diesem Jahr noch intensiver kontrollieren, warnen und mit unseren Partnern viel Präventionsarbeit leisten.“

Eine Beeinflussung der Fahrtüchtigkeit im Straßenverkehr kann vielerlei Gründe haben. Neben dem Konsum von Alkohol, sonstigen berauschenden Mitteln oder Medikamenten können ebenso Müdigkeit oder akute sowie chronische physische und psychische Erkrankungen dazu beitragen. Vor dem Hintergrund des

Auftretens in allen Altersgruppen sowie den unterschiedlichen Verkehrsbeteiligungsarten wurde die Verkehrssicherheitskampagne #FAHRKLAR der Polizei Niedersachsen ins Leben gerufen. Mit einem gesamtgesellschaftlichen Ansatz werden die Kampagneninhalte künftig in unterschiedlichen Medien öffentlichkeitswirksam platziert.

Minister Pistorius betonte zudem: „Diese Kampagne hat eine klare Aussage: Wer Alkohol, Drogen oder Medikamente

# #FAHRKLAR

## Sei ehrlich zu dir selbst.



konsumiert, hat nichts im Straßenverkehr zu suchen – und erst recht nicht hinter einem Steuer. Damit gefährdet man nicht nur unmittelbar Menschenleben. Wer so etwas tut, muss sich darüber im Klaren sein, dass es auch empfindliche Strafen nach sich ziehen kann.“

Mit dem Slogan „FAHRKLAR“ wird an Vernunft und Einsicht aller Verkehrsteilnehmenden appelliert, unabhängig von deren Alter, Geschlecht oder Fortbewegungsmittel.

„Fahrtüchtigkeit im Blick“ war auch zur länderübergreifenden Verkehrssicherheitsinitiative „sicher.mobil.leben“ am 05. Mai 2022 im Fokus der Polizei Niedersachsen. Landesweit wurde u. a. an diesem Aktionstag der Appell „FAHRKLAR“ öffentlichkeitswirksam eingesetzt. Die Polizeibehörden berichteten in klassischen Pressemeldungen sowie in den sozialen Medien von ihren Aktionen oder nutzten die Kampagneninhalte zur Sensibilisierung aller Verkehrsteilnehmenden. Die Ergebnisse der Verkehrssicherheitsaktion finden sie in folgender Presseinformation des Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport unter:



POLIZEI  
NIEDERSACHSEN

# KLAR RADEL ICH NACH HAUSE.

durch'n Filmriss

#FAHRKLAR Sei ehrlich zu dir selbst.



Wer sicher ans Ziel kommen möchte, sollte ausschließen, dass Müdigkeit, Medikamente, Alkohol oder andere Drogen mitfahren. Denn sie gefährden nicht nur einen selbst, sondern auch alle anderen Verkehrsteilnehmenden.



<https://www.mi.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/presseinformationen/sicher-mobil-leben-landerübergreifende-verkehrssicherheitsaktion-zu-fahrtuchtigkeit-mit-7-000-kontrollen-an-195-punkten-in-ganz-niedersachsen-211323.html>



Weitere Informationen zu der Kampagne #FAHRKLAR und der damit verwendeten Motive sind in null 1|5 zu finden:



Suchen in null 1|5 nach...Q → [Fahrtüchtigkeit im Straßenverkehr](#)

# POLIZEI NIEDERSACHSEN im Einsatz



## 27. Mai 2022: Riesenflohmarkt in Elisabethfehn & Festival „Tante Mia tanzt“ in Vechta

Zum 28. Mal fand der Riesenflohmarkt am Fehnkanal in Elisabethfehn statt. Der Markt zog sich über 10 Kilometer entlang der Schleusenstraße hin und gilt als Deutschlands längster Flohmarkt. Bei angenehmen Wetter zog er wieder tausende Besucherinnen und Besucher an, die auf Schnäppchenjagd gingen. Die Veranstaltung verlief weitestgehend ruhig und störungsfrei. Unterstützt wurde die Polizeiinspektion Cloppenburg/Vechta durch die Reiterstaffel Hannover, die mittlerweile wohl auch als Attraktion gelten dürfte. Wir danken für die Unterstützung. Zeitgleich und bis in die Nachtstunden hinein fand auch das größte Electro-Festival des Nordwestens auf dem Stoppelmarkt in Vechta statt. „Tante Mia“ lud über 20.000 Festival-Besucherinnen und Besucher auf das weitläufige Veranstaltungsgelände ein. Auch hier kann – abgesehen von einigen Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz und wenigen körperlichen Auseinandersetzungen – ein positives Resümee gezogen werden.

Link zur PM: [www.presseportal.de/blaulicht/pm/70090/5232939](http://www.presseportal.de/blaulicht/pm/70090/5232939)



## Bewegende Geschichten aus unserem Streifendienst in Osnabrück

Kurz vor Erreichen ihrer Dienststelle in Osnabrück wurden unsere Kollegen neulich auf die kleine Leni aufmerksam. Die Zweijährige weinte stark, ein Hund im Park hatte ihr fürchterliche Angst bereitet. Gemeinsam mit ihrem Vater konnte Leni ein wenig beruhigt werden. Ganz überrascht war die Kleine dann, als unser Kollege Thorsten einen Kuschelbären aus seinem Streifenwagen holte. Die sogenannten „Traumabären“ fahren auf vielen Streifenwagen mit und werden bei besonders belastenden Einsätzen an betroffene Kinder verschenkt. Auch Leni durfte den Bären natürlich behalten. Sie war überglücklich und gab ihrem neuen besten Freund den Spitznamen unseres Kollegen: „Kiste“. Als Dankeschön malte die Kleine ihren Freunden und Tröstern ein Bild und schrieb: „Für den Mann Tütütata Thorsten (Kiste) – der Retter in der Not.“ Leckere Schokolade gab es obendrauf.

## Vorbildliche Zusammenarbeit – EG „SäM Südniedersachsen“ nimmt „Abholer“ bei fingierter Geldübergabe in Göttingen fest

Im Kampf gegen betrügerische Schockanrufer konnte die EG „SäM Südniedersachsen“ Mitte Mai in Göttingen einen wunderbaren Erfolg verzeichnen. Mit vorbildlicher Unterstützung eines Ehepaares aus dem Landkreis nahmen Ermittler und weitere Beamte im Rahmen einer fingierten Geldübergabe in der Innenstadt einen Geldabholer fest. Der 32 Jahre alte Tatverdächtige wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft Göttingen dem Haftrichter vorgeführt. Dieser erließ U-Haftbefehl gegen den polnischen Staatsbürger wegen Fluchtgefahr. Das an dem Erfolg maßgeblich beteiligte Ehepaar hatte etwa zwei Stunden vor der Festnahme des Mannes einen klassischen Schockanruf erhalten. Die Eheleute erkannten den Betrug sofort, ließen sich aber zum Schein darauf ein und verständigten sofort die Polizei. Die wichtige Mitteilung landete direkt bei der EG „SäM“ und löste unmittelbar vielfältige polizeiliche Maßnahmen aus, darunter auch verdeckte. Mithilfe des ununterbrochenen Telefonkontaktes zu dem Ehepaar konnten Ermittler schließlich am vereinbarten Geldübergabeort zugreifen und den Tatverdächtigen festnehmen. Er leistete keinen Widerstand.

Die EG „SäM Südniedersachsen“ wurde im Januar als Reaktion auf die unaufhörlich ansteigenden Fallzahlen im Zusammenhang mit Betrügereien zum Nachteil älterer Menschen im Zentralen Kriminaldienst der Polizeiinspektion Göttingen eingerichtet (siehe dazu: [www.presseportal.de/blaulicht/pm/119508/5137424](http://www.presseportal.de/blaulicht/pm/119508/5137424)). Bearbeitet werden hier der klassische Enkeltrick, der neue Enkeltrick per WhatsApp, Schockanrufe und die Fälle von falschen Polizeibeamten, die nach Bargeld und Wertgegenständen fragen.





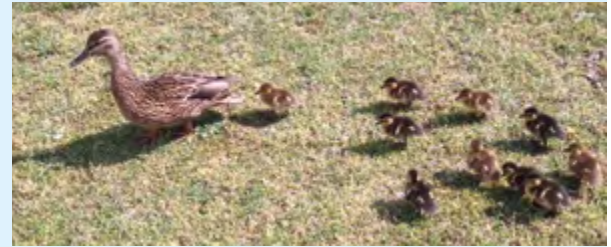
### Bundesstraße für Schwanenfamilie gesperrt

Bienenbüttel, Ortsteil Grünhagen: mit Geleitschutz über die Bundesstraße 4. Für „Geleitschutz“ mit/bei einem „tierischen Einsatz“ sorgte die Polizei Bienenbüttel/Bad Bevensen in den Morgenstunden des 18.05.22 auf der Bundesstraße 4 bei Grünhagen. Mehrere Autofahrer hatten dem Lagezentrum eine Schwanenfamilie gemeldet, die versuchte, die stark frequentierte Bundesstraße 4 zu überqueren. Die Polizei geleitete Schwanenmutter, Vater und alle sieben Schwanennachkömmlinge zur Freude der Verkehrsteilnehmer sicher über die Fahrbahn und sperrte kurzfristig die Bundesstraße.

### Polizei als (Tier-) Freund & Helfer

### Rettung einer Entenfamilie

Eine Wache der ungewöhnlichen Art mussten die beiden Polizeibeamten Marco Jäger und Dennis Schmitt bei einem Einsatz im hannoverschen Stadtteil Döhren halten. Passanten hatten den Notruf gewählt, nachdem sie eine Ente mit ihren zehn Küken dabei beobachteten, wie diese mehrfach versuchten, eine viel befahrene Straße zu überqueren. Mit Unterstützung durch die Zeugen hielten die Polizisten die Entenfamilie solange im Garten eines nahen Wohnhauses in Schach, bis die Tierrettung der Berufsfeuerwehr eintraf, um die Enten einzusammeln und an einem Teich auszusetzen. So drohten ihnen weder durch den Verkehr noch durch den Koch des direkt neben dem Wohnhaus gelegenen Asia-Restaurants Ungemach.



### Da klebt einer auf der Straße fest!

Kleine Ursache – große Wirkung: Ein Umweltaktivist hatte sich mit Sekundenkleber auf der Fahrbahn einer der Hauptverkehrsstraße in Braunschweig festgeklebt und verursachte im morgendlichen Berufsverkehr einen kilometerlangen Stau, der bis auf die Autobahn reichte. Eine Chemielehrerin, die auf dem Weg zur Schule ebenfalls in diesem Stau steckte, bekam den Grund des Verkehrschaos' mit und verständigte kurzerhand einen Kollegen in der Schule. Dieser brachte das erforderliche Aceton zum Lösen des Sekundenklebers an unseren Tatort. Gemeinsam mit der Feuerwehr konnte der festgeklebte Fuß schnell und verletzungsfrei von der Fahrbahn gelöst werden und der Verkehr konnte wieder rollen. Was folgte, waren ein Strafverfahren und unzählige Zeugenhinweise aus dem Stau.



### Schwerer Schlag gegen den international organisierten Rauschgifthandel

Dem Landeskriminalamt (LKA) Niedersachsen ist am 20.04.22 unter Führung der StA Hannover gemeinsam mit anderen Sicherheitsbehörden ein Schlag gegen den international organisierten Rauschgift-handel gelungen. Vorausgegangen waren akribische und ausdauernde Ermittlungen der „Gemeinsamen Ermittlungsgruppe Rauschgift (GER)“, bestehend aus Ermittlerinnen und Ermittlern des LKA Niedersachsen und des Zollfahndungsamtes (ZFA) Hannover. Bei dem groß angelegten Polizeieinsatz wurden in Wohn- und Geschäftsobjekten in der Region Hannover, in Celle, Walsrode, Visselhövede, Liebenburg, Sarstedt, Wolfsburg, Meinersen und Achim sowie in den Bundesländern Hamburg, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen 35 Durchsuchungsbeschlüsse sowie elf Haftbefehle vollstreckt. Weitere Maßnahmen folgten in den Niederlanden, Belgien, Paraguay und in Dubai. Über Länder Süd- und Mittelamerikas wurde Kokain in Containern im Bereich von mehreren Tonnen in Richtung Europa verschifft. Die Täterinnen und Täter tarnten die Drogen mithilfe von Waren. So nutzen sie unter anderem Spachtelmasse, Bananen und Kaffeelieferungen für die Drogenverschleierung. Im Hintergrund wurde ein Geflecht aus Schein- und Briefkastenfirmen, eine Logistik bestehend aus Lagerhallen und Transportunternehmen sowie eine personelle Arbeitsstruktur aufgebaut. Weitere Infos unter:

[www.lka.polizei-nds.de/a/presse/pressemitteilungen/schwerer-schlag-gegen-den-internationalen-organisierten-rauschgift-handel-ergebnisse-116105.html](http://www.lka.polizei-nds.de/a/presse/pressemitteilungen/schwerer-schlag-gegen-den-internationalen-organisierten-rauschgift-handel-ergebnisse-116105.html)

## POLIZEIKOMMISSARIAT LAATZEN

# Prävention, die ins Ohr geht

Dass sich polizeiliche Verpflichtungen und private Leidenschaften gut miteinander vereinen lassen, beweist Joachim Klotz. Der Kontaktbeamte des Polizeikommissariats Laatzen liebt es, in seiner Freizeit Hörspiele zu produzieren beziehungsweise als Sprecher mitzuwirken.

„In meiner Tätigkeit als Kontaktbeamter habe ich in Vorträgen immer wieder erlebt, dass Zuhörer nicht glauben konnten, dass Anrufer in einem Telefonat Leute dazu bringen, Fremden ihr Ersparnis zu übergeben – und das mit teilweise irrwitzigen Verfahrensweisen oder Begründungen“, erzählt Joachim Klotz, der dann auf die Idee kam, solche betrügerischen Anrufe als Hörspiel aufzubereiten.

„Ich habe dann, basierend auf Gesprächen mit Opfern und der Auswertung von Fachartikeln, ein entsprechendes Dialogbuch

geschrieben und mir in der Hörspiel-Community Sprecher gesucht. Diese haben mir die entsprechenden Rollen eingesprochen“, erklärt der Polizeioberkommissar. Daraus entstanden sind drei fiktive Anrufe, die zeigen, wie Kriminelle unbescholtene Bürgerinnen und Bürger übers Ohr hauen: als vermeintliche Enkel oder falsche Polizisten, aber auch in Form von Schockanrufen.

Die Hörspiele erweisen der Polizei Hannover nun im Rahmen der Seniorenprävention einen wichtigen Dienst. „Sie sind

eine gute Möglichkeit, Vorträge aufzulockern“, sagt Klotz. Außerdem stellen sie einen guten Einstieg ins Thema dar und regten in der Vergangenheit bereits zu lebhaften Diskussionen unter den Zuhörenden an. Auf jeden Fall erfüllen die Hörspiele einen Zweck: Sie dürften nachhaltig in Erinnerung bleiben. „Wenn meine Arbeit dafür sorgt, dass auch nur ein Senior weniger um sein Ersparnis gebracht wird, habe ich mein Ziel erreicht“, betont Joachim Klotz.

Nina Bartel/Michael Bertram

➔ Die drei Hörspiele findet ihr in null 1|5 unter:



Suchen in null 1|5 nach...Q #von KOBs für KOBs





## MINISTERGESPRÄCH IN DER PD GÖTTINGEN

# Boris Pistorius beantwortet vielfältige Fragen der Podiumsgäste

Jugendschutz, Corona-Proteste, Digitalisierung: Anfang April 2022 stellte sich Innenminister Boris Pistorius den Fragen von sechs Podiumsgästen, die stellvertretend für alle Mitarbeitenden der Polizeidirektion Göttingen zum digitalen Ministergespräch in das Studio von ZPD TV nach Hannover gereist sind.

Die Kolleginnen und Kollegen in den Dienststellen hatten an diesem Tag die Möglichkeit, das Gespräch online zu verfolgen und sich über Fragen im Live-Chat unmittelbar einzubringen. Insgesamt wurden mehr als 200 Zugriffe verzeichnet - an einigen Standorten gab es sogar kleinere Public-Viewings. Moderiert wurde das Ministergespräch von der Leiterin der Pressestelle der Polizeidirektion Göttingen, Jennifer Uhl.

Thematische Schwerpunkte des intensiven Austausches waren unter anderem die Flexibilisierung von Arbeitszeit und Arbeitsort, Führen in Teilzeit, Schaffung von Perspektiven für Verwaltungs- und

Tarifbeschäftigte, Korruptionsbekämpfung, Zulagen für Mitarbeitende im Tätigkeitsbereich KiPo, Einsatzbelastungen durch Corona-Versammlungslagen und notwendige Anpassungen im NPsychKG. Kurze Videos und Live-Schalten führten in die unterschiedlichen Themenkomplexe ein.

Unser Fazit: Die Arbeit im Vorfeld hat sich gelohnt! Nicht nur die Evaluation am Ende der Veranstaltung verdeutlichte diesen Eindruck, sondern auch das Feedback von Polizeipräsidentin Gwendolin von der Osten und von Herrn Pistorius war eindeutig: Eine tolle, kurzweilige und gelungene Veranstaltung!



### Umfrageergebnisse:

Fast **82 Prozent** der Zuschauenden gaben bei der Live-Umfrage am Ende der Veranstaltung an, dass ihnen das digitale Ministergespräch gefallen hat.

**80 Prozent** der Befragten wünschte sich die Fortführung der digitalen Ministergespräche.

# POLIZEI NIEDERSACHSEN

## Sportrückblick

In den beiden vergangenen Jahren waren polizeiliche Sportveranstaltungen durch Corona gänzlich abgesagt oder es fanden Events unter besonderen Hygienekonzepten statt. Umso erfreulicher war es, dass im April 2022 gleich mehrere Meisterschaften ausgetragen werden konnten.

### 3. April – 30. Hannover Marathon

Nach der zweijährigen Pause konnten beim diesjährigen Hannover Marathon wieder rund 17.000 Teilnehmende in Einzel- und Staffeln Wettbewerben an den Start gehen. Aus den Reihen der niedersächsischen Polizei waren zahlreiche Einzelstarter und rund 60 Staffeln gemeldet. Die erfolgreichste Polizeiläuferin war

Tabea Themann (PD Lüneburg): Im Halbmarathon lief sie als Erste ins Ziel und unterbot mit der Zeit von 01:14:21 Stunden den 28 Jahre alten niedersächsischen Polizeirekord. Über die selbe Distanz belegte Marc Günther (PD Braunschweig) mit einer Zeit von 01:13:29 Stunden den 9. Platz.

Im Staffelnwettbewerb, für den rund 350 Mannschaften gemeldet waren, konnten drei Polizeiteams unter die Top Ten laufen: Der 7. und 8. Platz ging an die Zentrale Polizeidirektion Niedersachsen (ZPD) und der 10. Platz an die PD Osnabrück.



„Uwe Lange, der Sportbeauftragte der Polizei Niedersachsen mit Teilnehmer/-innen der ZPD“

Fotos: ZPD

### 21. April – NPM Crosslauf in Osnabrück

Nach der „Corona-Pause“ konnten durch den Polizeisportbeauftragten der Polizei Niedersachsen, Uwe Lange, endlich wieder niedersächsische Polizeimeisterschaften (NPM) im Crosslauf eröffnet werden. Den Beginn der Läufe machten die Männer auf der Kurzstrecke. Nach schnellen 13:34 Minuten setzte sich Alexander Hasselbach (ZPD) auf der 3.800 m langen Strecke durch. Er verwies die Nachfolgenden Max Meyer (ZPD) und Mirco Hohmann (PD Hannover) auf die Plätze 2 und 3. Im zweiten Rennen starteten dann die Frauen auf der Kurzstrecke. Hier setzte sich Tina Böhm (PD Osnabrück) als Siegerin souverän durch. Als Zweitplatzierte kam Anna-Lena Koers (Polizeiakademie

Niedersachsen) ins Ziel, Dritte wurde Emily Haase (PD Lüneburg). Anschließend folgte das Rennen der Männer über eine Distanz von 7.200 m. Als Erste kamen Steve Kehl (PD Osnabrück), Tobias Krug (PD Hannover) und Tino Schulze (PD Hannover) ins Ziel. Bei dem Langstreckenrennen der Frauen (7.200 m) gewann Laura Steffens von der PD Oldenburg. Sie kam vor Jule Rüter (PD Hannover) und Alina Stichweh (PD Hannover) ins Ziel. Den Abschluss aller Rennen machten dann die Männer auf der Langstrecke über 10.600 m. Hier kam Dean Sauthoff (PD Braunschweig) als Erster ins Ziel, gefolgt von Marc Günther (PD Braunschweig). Als Dritter folgte ihnen Gerrit Gräbel (LKA) aufs Treppchen.



„Läufer auf der 3800 m Strecke“



Begrüßung der Volleyballteams in der Sporthalle

## 27. und 28. April – Vorrunde DPM Volleyball in Hannover

Im April fanden auch die Vorrundenspiele der Gruppe 3 für die Deutschen Polizeimeisterschaften (DPM) im Volleyball der Frauen und Männer statt. Insgesamt wurden in der Sporthalle der ZPD neun Vorrundenspiele (drei bei den Frauen, sechs bei den Männern) durchgeführt. Die Gruppe 3 bestand bei den Frauen aus den Bundesländern Baden-Württemberg, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Bei den Männern nahm zusätzlich noch Sachsen an der Vorrunde teil. Ein kurz gefasster Überblick über das Spielergebnis: Insgesamt war das Ergebnis zwischen Niedersachsen und Baden-Württemberg, also dem Erst- und Zweitplatzierten bei den Männern sehr knapp. Beide Teams errangen sechs Punkte. Ebenso hatten beide Teams jeweils zweimal gewonnen und auch der Satzquotient (beide Teams spielten in der Summe 8:6 Sätze) war gleich. Das hieß, der Ballquotient sollte



„Niedersachsen gegen Sachsen-Anhalt“

entscheiden, welche Mannschaft nun zur Endrunde darf. Hier hatte Niedersachsen die Nase knapp vorne (NI: 1,108, BW: 1,050) und sicherte sich so das Ticket nach Berlin. Dritter wurde Sachsen-Anhalt mit fünf Punkten, gefolgt von Sachsen mit einem Punkt. Bei den Frauen fiel die Entscheidung deutlicher aus. Baden-Württemberg gewann klar mit sechs Punkten vor Niedersachsen mit drei Punkten und Sachsen-Anhalt mit 0 Punkten.



„Sieg der Niedersachsen“



„Tabea Themann auf dem Weg zum Polizeirekord“

## 25. April – Hamburg Marathon

Ende April setzte Tabea Themann (PD Lüneburg) in Hamburg ihre Erfolgsserie fort und erreichte in persönlicher Bestzeit von 02:40:45 Stunden das Marathonziel. Mit dieser Zeit war sie die viertbeste deutsche Läuferin und 14. im internationalen Frauenfeld. Zudem stellte sie damit den nächsten niedersächsischen Polizeirekord auf.

Nadine Meyer

## 8. BUNDESWEITES ARBEITSTREFFEN

# Gewalt gegen Frauen und Kinder

In Braunschweig fand das 8. bundesweite Arbeitstreffen mit dem Thema „Umgang mit individuellen Gefährdungssachverhalten“ statt. Es nahmen Vertreterinnen und Vertreter der Bundesländer, des Bundes und aus Österreich teil.



Begrüßung durch Michael Pientka, Polizeipräsident der PD Braunschweig



Fachbeitrag durch Micheal Sonvilla, Landespolizeidirektion Wien



Initiiert mit der Gründung einer „Zentralstelle für Individualgefährdung“ im Jahr 2014 fanden in den vergangenen Jahren regelmäßig Arbeitstreffen mit polizeilichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt. Diese kamen aus verschiedenen Bundesländern und beschäftigten sich mit dem Thema „Umgang mit individuellen Gefährdungslagen“. Die Arbeitstreffen wurden bereits 2020 und 2021 im Rahmen einer Rotation gemeinsam durch das LKA Niedersachsen und die Polizeidirektion Braunschweig coronabedingt online ausgerichtet.

Bisherige Erfahrungen in den verschiedenen Bundesländern wurden in den vergangenen Jahren vertieft und entsprechende Kontakte geknüpft. Gleichzeitig zeigen sich in zahlreichen Ländern Bestrebungen, das Bedrohungsmanagement auf struktureller Ebene auszubauen und geeignete Interventionselemente zu implementieren.

Das LKA Niedersachsen und die Polizeidirektion Braunschweig haben nun gemeinsam zu einem bundesweiten Arbeitstreffen 2022 nach Niedersachsen eingeladen. Dieses fand am 11. und 12. Mai unter Beteiligung von 13 Bundesländern sowie

Österreich statt. Grundlage hierfür sind die gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen, die bereits im Rahmen einer länderübergreifenden Zusammenarbeit bei der Bearbeitung von Gefährdungslagen in Folge von Gewalteskalationen (z. B. nach häuslicher Gewalt, Stalking, bei Gewalt im Namen der Ehre usw.), gemacht wurden.

„Wir erhoffen uns durch das Arbeitstreffen eine Intensivierung der bestehenden Kontakte, die Fortführung des Erfahrungsaustausches, eine weiter verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Polizeien der Länder, des Bundes, Österreich und der Schweiz und durch die Diskussionen Anhaltspunkte zur Weiterentwicklung bei der Bearbeitung von Gefährdungssachverhalten“, so Polizeipräsident Michael Pientka bei der Begrüßung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Auch der Präsident des Landeskriminalamtes Niedersachsen, Friedo de Vries, stellte die Bedeutung des bundesweiten Austausches, insbesondere für die ersten Beamtinnen und Beamten am Einsatzort in seinem persönlichen Grußwort heraus. Eine professionalisierte und strukturierte Bewertung von Gefährdungssachverhalten und der interdisziplinäre Ansatz im Sinne eines behördenübergreifenden Bedrohungsmanagements stellen auch für die Polizeidirektion Braunschweig wesentliche Eckpfeiler dar.

Der Staffelfstab zur Ausrichtung des Arbeitstreffens wurde übrigens weitergereicht: Der 9. Bund-Länder-Erfahrungsaustausch wird 2023 durch das Land Sachsen organisiert und die 10. Fachtagung im Jahr 2024 durch Baden-Württemberg ausgerichtet.

Frank Hellwig



Fachbeitrag durch Polizeivizepräsident Roger Fladung



## Strukturiertes Hochrisikomanagement

Seit 2020 pilotiert die Polizeidirektion Braunschweig bereits ein strukturiertes Hochrisikomanagement für Fälle häuslicher Gewalt. Dies dient zum Erkennen, Einschätzen und Entschärfen von schweren Gewaltdelikten durch Intimpartner.



## interdisziplinäre Koordinierungsstelle Häusliche Gewalt (iKOST HG)

Bereits im Jahr 2018 wurde für die Region Braunschweig die interdisziplinäre Koordinierungsstelle häusliche Gewalt (iKOST HG) ins Leben gerufen. Sie ist eine interdisziplinäre Kooperationsgemeinschaft von 51 fachlichen Organisationen, Institutionen und Einrichtungen in der Region Braunschweig, die in unterschiedlicher Weise mit dem komplexen Thema häuslicher Gewalt konfrontiert sind. Die iKOST bündelt unterschiedliche Fachexpertisen, um Unterstützung und Beratung für Betroffene häuslicher Gewalt voranzubringen.

## ZENTRALE POLIZEIDIREKTION NIEDERSACHSEN

# Neues Fernsehstudio und zeitgemäße Orchesterprobenräume

## Minister Boris Pistorius übergibt moderne Liegenschaft an die ZPD

Im zweiten Anlauf hat es endlich geklappt: „Ich freue mich sehr, Sie alle heute in einer Liegenschaft der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen am Großen Kolonnenweg in Hannover begrüßen zu dürfen, die mindestens niedersachsenweit, wenn nicht sogar bundesweit ihres Gleichen sucht.

Dieses moderne Arbeitsumfeld ist bereits seit November des vergangenen Jahres sowohl die neue dienstliche Heimat von Polizei-TV als auch des Polizeiorchesters Niedersachsens.“ Mit diesen Worten begrüßte Polizeivizepräsident Uwe Lange Anfang Mai rund 90 Gäste, darunter den niedersächsischen Minister für Inneres und Sport, Boris Pistorius, der es sich nicht nehmen ließ, bei der offiziellen Eröffnung persönlich dabei zu sein.

Mit einem klaren Bekenntnis zu neuen digitalen Wegen in der polizeilichen Kommunikation, aber auch zum Polizeiorchester Niedersachsen sagte Pistorius: „Das Ergebnis, das wir pandemiebedingt leider erst heute gemeinsam besichtigen können, ist das Resultat einer bemerkenswerten Teamleistung, die 2019 ihren Anfang nahm und bei der mehrere Behörden beispielhaft kooperierten. Zu allererst danke ich den Verantwortlichen der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen, die dieses Projekt initiiert und von Anfang an mit dem nötigen Weitblick sowie der nötigen Expertise vorangetrieben haben. Ein ebensolcher Dank gebührt aber auch anderen maßgeblich Beteiligten: dem

Niedersächsischen Landesamt für Bau und Liegenschaften sowie dem Landesliegenschaftsfonds. Nicht zuletzt danke ich auch dem Niedersächsischen Finanzministerium und dem Landespolizeipräsidium, die in vergleichsweise kurzer Zeit die richtigen Ampeln auf „grün“ stellten.“

In Vertretung von Behördenleiterin Christiana Berg ließ ihr Vertreter Uwe Lange das von Anfang an ambitionierte Projekt noch einmal Revue passieren: „Dieser Erfolg ruht auf den Schultern vieler Mütter und Väter. Es gab von Anfang an einen gemeinsamen Willen und eine ebensolche Zusammenarbeit – auf allen Ebenen. Erfolgsgarantie war in jedem Fall auch eine starke und umsichtige Projektgruppe, die im Rahmen der begleitenden Kommunikation vom Start weg alle mitgenommen hat. Und zur Wahrheit gehört auch, dass wir von glücklichen Umständen profitieren durften – Stichwort dazu: zur Verfügung stehende Budgets.“

Die zeitgemäß und modern gestalteten Arbeitsräume für das Polizeiorchester Niedersachsen sowie Polizei-TV tragen bereits seit November des vergangenen

Jahres erheblich zur Entspannung der teils prekären Unterbringung unserer Dienststellen bei. Zudem schaffen die inzwischen vollzogenen Umzüge wertvolle Nachnutzungsperspektiven für benötigte Raumbedarfe in der Polizeidirektion Hannover am hannoverschen Welfenplatz, wo eine Polizeiinspektion der Behörde ihr Zuhause hat.

Im Ergebnis hat das Polizeiorchester Niedersachsen nach Jahrzehnten am Welfenplatz nun ein den Anforderungen



entsprechendes dienstliches Zuhause. Davon profitieren aber nicht nur unsere Musikerinnen und Musiker: Adäquate Besprechungs- und Projekträume bieten nunmehr den Rahmen dafür, dass auch andere Projekte, darunter die beliebten Schulworkshops im Rahmen der Prävention, mit dem Orchester individuell geplant und vorbereitet werden können. Ebenso gemeinsame Konzerte im Rahmen von Benefizveranstaltungen.

Gleichermaßen profitiert Polizei-TV von dem Umzug. Nach Jahren der provisorischen Unterbringung am Behördensitz verfügt das Serviceangebot der ZPD nun über eine professionelle Infrastruktur mit einer Vielfalt an Möglichkeiten digitaler polizeilicher Kommunikation. Diese kann je nach Bedarf flexibel abgerufen und zentral in Hannover zur Verfügung gestellt werden. Damit entfallen teils komplexe logistische Aufwände, insbesondere im Rahmen der früher notwendigen Auf- und Abbauten vor Ort (Stichworte dazu: Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit).

Nach einer kurzweiligen und abwechslungsreichen Veranstaltung nutzten viele Gäste noch die Möglichkeit, sich hinter den Kulissen selbst einen persönlichen Eindruck von den neuen Möglichkeiten der Polizei Niedersachsen zu verschaffen. Dem Vernehmen nach gab es hier und da auch bereits einen intensiven Austausch zu spannenden gemeinsamen Projekten. Wir dürfen gespannt sein ...

Karsten Wolff



## EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS

# Jorge Liening-Ewert referierte in Berlin

Am 11. und 12. Mai fand in Berlin der Europäische Polizeikongress statt. Jorge Liening-Ewert, Dez. 12 | Koordinator Einsatzanalyse in Leitstellen, nahm hierzu als Referent für eine Paneldiskussion im Fachforum 3.2 „OSINT: Möglichkeiten und Chancen“ teil. Die Moderation wurde vom LKA Berlin übernommen.

### Weitere Teilnehmer waren:

- ▶ Steffen **Iwan**, Maltego
- ▶ Alice **Raven**, OSINT Lead, Centre of Excellence in Terrorism, Resilience, Intelligence and Organised Crime Research (CENTRIC)
- ▶ Ariel **Talbi**, CRO, Cobwebs Technologies

Nach einem Impulsvortrag von Jorge Liening-Ewert, der aus Sicht der Praxis Herausforderungen und Bedürfnisse darstellte, wurden von Steffen Iwan und Ariel Talbi Softwarelösungen im Zusammenhang mit OSINT-Recherchen präsentiert. Alice Raven beendete die Runde mit einem Impulsvortrag aus Sicht der Wissenschaft.

Wichtige Erkenntnisse sind u. a., dass Tools hilfreiche Werkzeuge für Recherchen darstellen können, dennoch den Analysten nicht zu ersetzen vermögen. Auch eine umfangreichere wissenschaftliche und ethische Auseinandersetzung mit dem Thema OSINT im Allgemeinen, aber auch im polizeilichen Kontext, wäre in Zukunft wünschenswert. Beispielsweise steht die Frage im Raum, ob die Polizei sämtliche Open Source Informationen nutzen sollte, auch wenn diese auf illegale Art und Weise veröffentlicht wurden (Informationen aus dem Darknet bzw. aus Leaks nach Cyberangriffen).

Am Nachmittag wurde außerdem im Anwenderforum „Leitstellen und Lagezentren – Herzstücke der Einsatzbewältigung“ das Projekt SENTINEL umfangreicher vorgestellt.

Jorge Liening-Ewert



Foto: Behördenspiegel, Boris Trenkel

## CHRISTOPHER-STREET-DAY HANNOVER

# Ansprechpersonen für LSBTIQ des Landes Niedersachsen setzen Zeichen

Eine Demonstration für Menschenrechte und Demokratie – das ist der Christopher-Street-Day. Er wurde am Pfingstwochenende in Hannover gefeiert. Mit dabei waren alle Ansprechpersonen für LSBTIQ der Polizei Niedersachsen.

Der Christopher-Street-Day (kurz: CSD) hat seinen Ursprung in einer Szene-Bar in New York: Das Stonewall Inn in der Christopher Street. Am 28. Juni 1969 haben sich Schwule und Lesben erstmals gegen die Polizeiwillkür zur Wehr gesetzt. Dieser Aufstand war die Geburtsstunde eines Tages, an dem an die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern und intergeschlechtlichen Personen (LSBTI) erinnert werden soll. Er wird jedes Jahr weltweit mit bunten Demonstrations-gefeiert.

Die Polizei Niedersachsen war mit einem Stand vertreten, an dem die Ansprechpersonen für LSBTIQ aus allen Polizeidirektionen und der Polizeiakademie für Gespräche zur Verfügung standen. Ziel war es, ein klares Zeichen zu setzen, noch stärker auf alle Menschen zuzugehen und für Vertrauen zu werben.

„Es ist ein wichtiges Zeichen, dass wir heute hier sind. Wir möchten repräsentieren, dass wir als Polizei für Demokratie und Menschenrechte einstehen. Wir erkennen Diversität, fördern sie und leben sie auch selbst“, sagt Christin Milius, Ansprechperson für LSBTIQ der Polizeidirektion Göttingen. Unterstützt wird sie bei ihrer Arbeit im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen von Tim Rinne: „Wir wollen Vertrauen schaffen und zeigen, dass wir auch als Polizei ansprechbar sind.“



„Die Polizeidirektion Göttingen stellt sich mit Entschlossenheit hinter die Gleichstellung von Lesben, Schwulen und Bisexuellen sowie inter- und transgeschlechtlichen Menschen und deren festen Stand in der Mitte unserer Gesellschaft“, verdeutlicht auch Gwendolin von der Osten, Polizeipräsidentin der Polizeidirektion Göttingen. Die Unterstützung und den Rückhalt von der Ostens erfahren die Ansprechpersonen für LSBTIQ der Polizei Niedersachsen landesweit. „Diversität wird in unserer Gesellschaft immer sichtbarer und das ist gut so. Ich stehe in ständigem Austausch zu unseren Behördenleitungen der einzelnen Direktionen bis in das Ministerium für Inneres und Sport hinein. Es tut gut, einen solchen Rückenwind zu erfahren“, betont Leon Dietrich, Landeskoordinator der Ansprechpersonen für LSBTIQ.

Der Informationsstand der Ansprechpersonen für LSBTIQ der Polizei Niedersachsen war über den gesamten Zeitraum gut besucht. Der Austausch mit der Community findet statt. Viele wollen sich informieren, finden die Präsenz der Polizei gut und bringen auch ihre Freude über unsere Anwesenheit zum Ausdruck. Dennoch ist spürbar, dass noch nicht alle vor Ort anwesenden Personen mit einer LSBTIQ-freundlichen Polizei umgehen können. Dies zeigt, dass die öffentliche Präsenz der Ansprechpersonen für LSBTIQ der Polizei obligatorisch ist. „Es ist noch viel Luft nach oben“, so Christin Milius.

Tim Rinne

## ZENTRALSTELLE FINANZERMITTLUNGEN

# Erste Digitale Geldwäschetagung

„Straftaten dürfen sich nicht lohnen!“ Diesem Prinzip folgen sowohl die Vermögensabschöpfung als auch eine effektive Geldwäschebekämpfung. Die 1. Digitale Geldwäschetagung hatte genau dieses Motto zum Thema.

Dezernatsleiter KOR Hendrik Stosch stellte die Zentralstelle Finanzermittlungen vor und verdeutlichte deren Funktion als Dienstleister und Ansprechpartner für die Polizei Niedersachsen (NI). PD Stefan Sengel, Leiter der PI Heidekreis, berichtete von der BAO Räderwerk und schilderte anhand der „Strategie der Nadelstiche“ mögliche Vorgehensweisen im Kampf gegen kriminelle Clanstrukturen. Es folgten die Vorstellung des FIU-Verbindungsbeamten ZAR Frank Joosten, der seine Aufgaben als Schnittstelle zwischen der Polizei NI und der Financial Intelligence Unit (Zoll) erörterte und aufzeigte, welchen Mehrwert er im polizeilichen Arbeitsalltag bieten kann. Zudem wurden die Financial Intelligence Officer (FIO) vorgestellt. Das FIO-Netzwerk arbeitet behördenübergreifend und steht mit den jeweiligen Expertisen der gesamten Polizei NI als Ansprechpartner rund um das Thema Finanzermittlungen zur Verfügung.

Mit Blick auf das weitere Vorgehen schilderte Dr. Julia Stelzer, FIO des LKA NI, wie die Zentralstelle das Thema Geldwäsche zukünftig begleiten möchte: im Fokus steht die gemeinsame Entwicklung landesweit einheitlicher Standards für effektive Geldwäschebekämpfung und erfolgreiche Abschöpfungsmaßnahmen. Geplant ist ein Austausch mit den regionalen Polizeibehörden, um rechtliche, technische und faktische Hürden vor Ort zu benennen und anschließend mit den Kolleginnen und Kollegen darauf ausgerichtete Lösungen entwickeln zu können. Ziel ist es, adressatengerecht einen „Werkzeugkoffer“ zu befüllen, der den Arbeitsalltag im Einsatz- und Ermittlungsbereich erleichtern kann. Dies kann nur in behörden-/ressortübergreifender Zusammenarbeit gelingen. Das Feedback der Teilnehmenden hat die Zentralstelle Finanzermittlungen zum Anlass genommen, mit den Folgeveranstaltungen auf

Ebene der Polizeiinspektionen zu beginnen. Gemeinsam mit den Dezernaten 11 der Behörden haben die Planungen für die Umsetzung der Roadshows nunmehr begonnen. In diesem Rahmen sind alle Kolleginnen und Kollegen eingeladen, das Thema gemeinsam voranzubringen.

Exkurs: Bezugnehmend auf den Themenkomplex der Vermögensabschöpfung wurde die Nutzung der Datenbank Orbis im Projektstatus bis Ende 2022 verlängert. Das Recherche-Tool wird u. a. zur Feststellung internationaler Unternehmensbezüge in Ermittlungsverfahren aber auch zur Adressatenidentifizierung in Verkehrsordnungswidrigkeitenverfahren genutzt. Aktualisierungen der Kontaktdaten sind im PSN null1|5 im Blog „Orbis-Unternehmensdatenbank“ eingestellt; Informationen zur Geldwäschebekämpfung werden im Blog „Finanzermittlungen“ veröffentlicht.

Dr. Julia Stelzer / Lars-Christian Garbers





## ARBEITSKREIS II – INNERE SICHERHEIT

# Sitzung des Arbeitskreises II erstmalig unter dem Vorsitz Niedersachsens

*„Die Arbeit des AK II ist auf alle Themen ausgerichtet,  
die für die Polizeipraxis von Bedeutung sind“*

Axel Brockmann, Landespolizeipräsident Niedersachsen und Vorsitzender  
des Arbeitskreises II – Innere Sicherheit (AK II)

Am 06. und 07. April 2022 fand in Saarbrücken die 263. Sitzung des Arbeitskreises II – Innere Sicherheit (AK II) der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) statt.

Unser Landespolizeipräsident, Herr Axel Brockmann, war bereits in der Herbstsitzung 2021 durch die Mitglieder des AK II für zunächst zwei Jahre zum neuen Vorsitzenden gewählt worden, sodass er das neue Amt zum 01. März 2022 antreten konnte. Mit der diesjährigen

Frühjahrssitzung wurde somit erstmalig eine Sitzung dieses Gremiums unter dem Vorsitz Niedersachsens geleitet. Für Herrn Brockmann geht mit der Vorsitzübernahme die verantwortliche Koordination der Abstimmungen innerhalb des Arbeitskreises einher. Vor dem Hintergrund des Einstimmigkeitsprinzips im AK II wird ihm auch eine wichtige Mittlerfunktion bei Meinungsverschiedenheiten oder Kontroversen zuteil. Gut informiert und mit einer professionellen Ruhe ausgestattet gelang es ihm, für alle Tagesordnungspunkte der

zweitägigen Sitzung einen Konsens zu finden, mit dem alle Teilnehmenden zufrieden waren. Durch die große Themenvielfalt sind trotz eines nicht unerheblichen Vorbereitungsaufwands die beiden planmäßigen Sitzungen für alle Beteiligten sicherlich die Highlights eines jeden Gremienjahres. Über die eigentliche Gremienarbeit hinaus ist die Expertise des Vorsitzenden aber auch anderweitig gefragt, z. B. im Rahmen von Pressearbeit und bundesweiten Veranstaltungen sowie gelegentlich sogar bei internationalen Terminen.



Die Arbeit des AK II zeichnet sich vor allem durch die Nähe zu den Belangen der Polizeipraxis aus. Ganz aktuell konzentrieren sich die Polizeien des Bundes und der Länder gemeinsam auf Themen wie die Bekämpfung von Kindesmissbrauch und Drogenkriminalität, die Verwendung einer polizeilichen App zum Einlesen von Daten aus Ausweisdokumenten oder den Umgang mit der Änderung der Tierschutzhundeverordnung, die die Nutzung von Stachelhalsbändern verbietet.

Besondere Schwerpunkte während des Vorsitzes setzt Herr Brockmann unter anderem auf die Phänomenbereiche Falschmeldungen/Desinformationskampagnen, Gewalt im familiären Umfeld, Hasskriminalität und Sprengung von Geldausgabautomaten. Auch die Entwicklung von Handlungsempfehlungen für konsequente Maßnahmen zum Schutz von Einsatzkräften steht auf der Agenda.

Zur Koordinierung und Planung sämtlicher Angelegenheiten wird der Vorsitzende des AK II durch die Geschäftsstelle im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport (Referat 21) unterstützt.

Lennart Meier-Homann

**Für Fragen zur Gremienarbeit stehen die Mitarbeitenden der Geschäftsstelle zur Verfügung:**

**➔ Geschäftsstelle des AK II**

**Peggy Mucha** | Telefon 0511 120-6133

**Anja Krämer** | Telefon 0511 120-6147

**Lennart Meier-Homann** | Telefon 0511 120-6315

E-Mail: [akii.gst@mi.niedersachsen.de](mailto:akii.gst@mi.niedersachsen.de)



## Was ist der Arbeitskreis II?

Der Arbeitskreis II – Innere Sicherheit ist ein Ausschuss der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK).

Die IMK koordiniert als oberstes bundesweites Gremium die fachliche Zusammenarbeit in der Innenpolitik und tagt in der Regel zweimal im Jahr (Frühjahrs- und Herbstsitzung). Bevor im Rahmen der IMK ein Beschluss gefasst und später von den Ländern umgesetzt wird, beschäftigen sich i.d.R. die untergeordneten Arbeitskreise ausführlich mit den jeweiligen Themen, so zum Beispiel der AK II im Bereich der Inneren Sicherheit.

Ziel der Tätigkeit des AK II ist in erster Linie die Harmonisierung der Interessen sowie die Stärkung der Zusammenarbeit der Polizeien des Bundes und der Länder. Dabei wird der AK II durch seine verschiedenen Unterausschüsse wie z.B. der AG Kripo oder dem UA FEK mit unterschiedlichen fachlichen Expertisen unterstützt.

Mitglieder des Arbeitskreises sind die Leiterinnen und Leiter der Polizeiabteilungen der Innenressorts des Bundes und der Länder sowie die Präsidenten des BKA und der DHPol.

Es werden nahezu alle bundesweit relevanten polizeilichen Themen behandelt, um möglichst eine gemeinsame Linie zu finden.



**Näheres zur Arbeit des AK II ist bei null 1|5 unter folgendem Wiki-Beitrag nachzulesen:**



**Suchen in null 1|5 nach...Q**

**Der Arbeitskreis II (AK II)**



